

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
janzjährig 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich 1926.

Kreibichs Erkenntnisse.

Die kommunistische Partei in der Tschechoslowakei hat auf die Mitarbeit Karl Kreibichs in der Parteileitung verzichtet. Das ist neben der Wahl der dem Ufas der Moskauer Zentrale entsprechend zusammengestellten neuen Exekutive das einzige greifbare Ergebnis des kommunistischen Parteitag. Von Moskau wurde eigens ein Abgesandter nach Prag geschickt, um darüber zu wachen, daß die Einrichtung Kreibichs ja recht sicher vorgenommen werde. Die Reichsleiter kommunistischer Arbeiter, deren anerkannter Führer Kreibich vier Jahre hindurch war, mögen damit zufrieden sein oder nicht, darum wird nicht gefragt. Sie mögen wollen oder nicht, daß Kreibich, dem ein Hauptverdienst an der Gründung der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei zukommt, ihr Repräsentant und Vertreter bleibe, dieser Wille der Arbeiter wiegt federleicht gegenüber dem Willen der Moskauer heiligen Dreifaltigkeit, deren Ungnade sich Kreibich zugezogen hat und die ihn in der Leitung der R. P. C. nicht dulden will. Also wurde er auf Pfahle gesetzt und kann darüber nachdenken, wie gefährlich es ist, den Unwillen der Gottesobersten im kommunistischen Reiche auf sich zu laden.

Was hat Kreibich verbrochen, das ihn unwürdig erscheinen läßt, Mitglied der Parteileitung zu sein? Man weiß, daß er und Smeral auf dem fünften Weltkongreß von Sinowjew heftig abgefanzelt wurden, weil sie sozialdemokratischer, oportunistischer, kurz „rechtlicher“ Neigungen und Abweichungen schuldig befunden wurden. Der Schuldigere war Smeral, denn Kreibich ist kein geborener, sondern ein gelernter Opportunist und hat sich dem zuerst bekämpften Smeral erst später angeschlossen, dennoch blieb es bei Ersterem bei der Rüge, während Kreibich „fliegen“ mußte. Diese Strafverfügung erfolgte, weil Kreibich nach seiner Rückkehr aus Moskau versuchte, den Nachweis zu führen, daß er in den strittigen Fragen im Rechte, die Moskauer Oberpriester dagegen im Unrecht seien. Er verfaßte einen längeren Artikel, in dem er seinen Standpunkt zu den diversen Moskauer Thesen und den Moskauer Methoden auseinandersetzte und an den Beschlußhermanieren der Obergewaltigen Kritik übte. Dieser für die „Kommunistische Revue“ bestimmte Artikel wurde von der Exekutive der Partei unterdrückt, doch Kreibich hat gute Freunde, darunter seinen ehemaligen Büchsenpanner Neurath, die sorgten dafür, daß die Zentrale der Komintern von der Rebertat Kreibichs Kenntnis erhielt und sie ließen den Artikel drucken, der nun auf dem Prager Parteitag, um gegen Kreibich Stimmung zu machen, verteilt wurde. Das Ergebnis war, daß Kreibich gezwungen wurde, auf die Mitgliedschaft in der Exekutive zu resignieren.

Man könnte mit Kreibich fast Mitleid empfinden, wenn man sieht, welchen Dank er für seine, der kommunistischen Partei, geleisteten treuen Dienste erntet und wie ihm sein vierjähriger Kampf gegen die Sozialdemokratie vergolten wird. Kreibichs Wesen ist der Widerspruch voll, sein, allen Schwankungen und Stimmungen unterworfenen Charakter, seine zügellose Eitelkeit und das Ueberwiegen des Gefühlsmäßigen in ihm, lassen ihn unzuverlässig erscheinen und mit Recht konnte ihm Sinowjew vorwerfen, daß er vom Sozialdemokraten zum äußersten Linken in der kommunistischen Partei sich gewandelt habe und von da seit einiger Zeit, den Spuren Smerals folgend, wieder auf die äußerste Rechte in der Partei hinübergerutscht, wobei noch gar nicht gesagt sei, wo Kreibich in einem Jahre stehen werde.

Dennoch läßt sich Kreibichs letzte Wandlung mit seinen Wesens- und Charaktereigenschaften allein nicht erklären. Man geht mit der Annahme wohl nicht fehl, daß in ihm, der einmal der begehrteste Apostel der bolschewistischen Methoden war, ernste Erkenntnisse erwachsen sind, die zu dem, was er früher ver-

Demission der Geipelregierung.

Der Generalstreik der Eisenbahner ausgebrochen. — Teilweise Erfüllung der Lohnforderungen. — Baldiges Ende des Streites?

Wien, 7. November. (Eigenbericht.) Im Laufe des Tages fanden heute ununterbrochen offizielle und inoffizielle Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerorganisationen und der Verwaltung der Bundesbahnen statt. Am Nachmittag erklärte sich die Generaldirektion der Bundesbahnen bereit, den aktiven Angestellten die geforderte Erhöhung der Bezüge zuzugestehen, nicht aber den Pensionisten. Das erklärten aber die Vertreter der Organisationen als unannehmbar.

Nachdem bereits während der Verhandlungen wiederholt der Präsident der Bundesbahnen Dr. Günther und auch der Bundeskanzler Geipel mit dem Rücktritt gedroht hatten, wenn es zu keiner Einigung käme und der Streik ausbräche, erklärte, nachdem die Verhandlungen an diesem kritischen Punkt gescheitert waren, zunächst der Präsident Günther seine Demission und auch der Bundeskanzler fügte hinzu, daß die Regierung ebenfalls ihre Demission überreichen werde. In einem gleich darauf zusammentretenden Ministerrat wurde die Demission der Regierung beschlossen und dem Bundespräsidenten sofort angezeigt. Die Agenda wird inzwischen von der bisherigen Regierung weitergeführt werden.

Auf alle derartigen Andeutungen im Laufe der Verhandlungen hatten die Sozialdemokraten erklärt, daß sie sich nicht unter einen politischen Druck stellen lassen und daß es sich hier nicht um eine politische, sondern um eine rein wirtschaftliche Frage handle, bei der alle drei Organisationen der Eisenbahner einig seien. Es waren bereits Richtlinien an die Eisenbahner herausgegangen, die sich auf die Durchführung des Streites bezogen und nach denen der Streik heute um zwölf Uhr Mitternacht ausbrechen soll, falls kein Widerruf der Streikparole erfolgt.

Nachdem die Verhandlungen gescheitert waren, wurde beschlossen, einen Widerruf nicht zu erlassen, so daß die Streikparole in Wirksamkeit tritt. Nachher sind aber neuerlich inoffizielle Verhandlungen eingeleitet worden, und zwar zwischen den Vertretern der Organisationen und der Direktion der Bundesbahnen unter Ausschaltung des demissionierten Präsidenten. Diese Verhandlungen lassen sich ziemlich günstig an, so daß es nicht unmöglich ist, daß es noch im Laufe der Nacht zu einer Einigung kommt und der Streik immerhin nach kurzer Dauer beendet werden kann.

Ein Kommunist wegen Hochverrat verurteilt.

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Roten Fahne“ in Berlin wegen Hochverrates zu verantworten. Die Tat soll durch mehrere Artikel in der „Roten Fahne“ begangen worden sein, in denen die Errichtung der Diktatur mit Waf-

sendung gefordert wurde. Das Urteil lautete auf ein Jahr Festung und 100 Mar! Geldstrafe.

Die offizielle Entschuldigung.

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Wegen der bedauerlichen Vorfälle in Ingolstadt hat der bayerische Ministerpräsident Held dem Chef der interalliierten Disziplinarkommission in München gegenüber schriftlich das Bedauern der bayerischen Staatsregierung ausgesprochen.

fundete, in schroffstem Widerspruche stehen. Diese Erkenntnisse sind aus dem Zweifel über die Wunderkraft der Diktatur entstanden, von der Kreibich glaubte, sie werde und könne eine Diktatur des Proletariats sein, während er jetzt sehen muß und es am eigenen Leibe spürt, daß jede Diktatur bei der Herrschaft einiger Weniger endet, welche, um sich zu behaupten, die Tyrannei aufrichten muß. Kreibich hat die unseligen Auswirkungen des Moskauer Zentralismus und der berühmten 21 Punkte gesehen, denen sich jede der kommunistischen Sektionen unterwerfen mußte und er sah auch, wie schon wenige Jahre Diktatur Moskaus genügt, um fast überall die kommunistischen Parteien in Trümmer zu legen. Er fürchtet, die R. P. C. könnte, von Moskau zu falschen Methoden gepeitscht, dasselbe Schicksal erleiden und er lehnt sich auf.

In seinem Artikel wehrt er sich dagegen, daß der R. P. C. von außen Politik und Taktik, Programm und Tätigkeit ausgenötigt werden; er will — wie ganz anders sprach er allerdings auf dem Karlsbader Parteitag unserer Partei! — daß die Entscheidung den mit den besonderen Verhältnissen vertrauten Leitungen der Partei in den betreffenden Ländern überlassen bleibe, da eine Politik und Taktik ohne Rücksichtnahme auf diese besonderen Verhältnisse in jedem Lande der Partei nur zum Unheil gereichen könne. Er verweist darauf, jede Führung müsse aus den Massen selbständig hervorgehen, müsse die revolutionären Erfahrungen in dem eigenen Lande berücksichtigen und keine solche Führung könne durch eine auf anderem Boden gewonnenen revolutionären Erfahrungen erlebt werden. Kreibich klagt darüber, die Moskauer Führer wären ganz außerstande, die Bewegung im Westen auch nur in großen Umrissen zu kennen, sie seien daher auf die Vermittlung von Informationen angewiesen, die oft von Kräften zweiten und dritten Grades besorgt würden, so daß die Leitung der Komintern zu ganz falschen Voraussetzungen über-

Amtsübergabe in London.

Die Arbeiterpartei geschlossen im Vormarsch. London, 7. November. (Eigenbericht.) MacDonald und seine Kollegen haben heute dem König die Amtssiegel zurückgegeben. Einige Stunden später wurden die Siegel im Kronrat den neuen Ministern ausgefolgt.

Das Kabinett Baldwin findet in der Presse, auch in den liberalen Blättern, eine gute Aufnahme. Insbesondere wird gelobt, daß Chamberlain das Auswärtige Amt übergeben worden ist.

Macdonald hielt an seine früheren Minister und einen großen Teil der Arbeiterabgeordneten eine Rede. Er erklärte, daß die Kommunisten, die lediglich die Reaktion fördern, eigentlich noch größere Feinde der Arbeiter seien, als die Konservativen. Die Arbeiterpartei stehe jetzt vor einer weitaus klareren Lage als zu jener Zeit, als sie zur Regierung gelangte. Sie ver füge im Lande über fünf einhalb Millionen Stimmen, das heißt über eine Million mehr als vor einem Jahre. Die Liberalen hätten Selbstmord begangen. Sie würden die Verantwortung für ihren Aufammenbruch zwar auf die Arbeiterpartei abwälzen suchen, aber mit Unrecht, denn es habe sich nicht um einen Mord, sondern um einen Selbstmord gehandelt. Man wolle jetzt dem sonderbaren Schauspiel bei, daß die Konservativen versuchen, die Liberalen zum Leben zu erwecken, um damit einen Schutzwall gegen die Arbeiterpartei aufzurichten. Ungeachtet dieser Versuche schreite die Arbeiterpartei im Geiste der Einigung und Geschlossenheit vorwärts.

Verheißungsvolle Wahlfrage der reichsdeutschen Sozialdemokratie.

Berlin, 7. November. (Eigenbericht.) Ein gutes Vorzeichen für die Reichstagswahlen bilden bei den jetzt in Mecklenburg-Strelitz vorgenommenen Gemeindevahlen die Wahlergebnisse in Neubrandenburg, in der größten Stadt des Landes. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen seit 4. Mai von 1206 auf 1430, die Kommunisten gingen zurück von 954 auf 560, die Völkischen von 1664 auf 767, die Deutschnationalen von 2666 auf 1321. Nur die deutsche Volkspartei konnte ihre Stimmengahl etwas erhöhen. Die Kommunisten verloren 42, die Deutschnationalen 50 und die Völkischen 68 Prozent ihrer früheren Stimmengahl.

Noch günstiger für die Sozialdemokraten ist der Wahlausgang in Neu-Strelitz. Die Sozialdemokraten stiegen von 800 auf 1300 Stimmen, die Kommunisten gingen von rund 1000 auf 200, die Völkischen von 1400 auf 440 zurück. Die Deutschnationalen und die Volksparteiler, die zusammen vorgingen, gingen ebenfalls von 2500 auf 1150 Stimmen zurück.

Lehnliche Ergebnisse sind auch in den anderen Orten des Landes erzielt worden. Es zeigt sich, daß die Wähler immer mehr das Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien und den Kommunisten verlieren, daß allerdings erst ein Bruchteil von ihnen den Weg zur Sozialdemokratie zurückgefunden hat. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es nunmehr sein, auch die schwankenden und indifferent gewordenen Teile der wahlberechtigten Bevölkerung für sich zu gewinnen. Auf jeden Fall gewähren die bisherigen Einzelwahlen die beste Aussicht für die Reichstagswahlen am 7. Dezember.

Auflösung der Stupschina.

Belgrad, 8. November. Die Regierung beschloß, die Stupschina am 15. d. Mts. aufzulösen und die Neuwahlen für den 16. Feber 1925 auszuschreiben.

Radió geloben?

Belgrad, 7. November. Die extremen oppositionellen Kreise beurteilen die Ernennung des Wahlkabinetts Pasic-Prizibic als einen offenen Staatsstreich, der schwere Folgen nach sich ziehen werde.

Radió soll nach Fiume geloben sein, doch steht eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht noch aus.

Die Mehrheitsparteien richteten an die Wählererschaft ein Manifest, in welchem sie gegen die Ernennung der Koalition Pasic-Prizibic protestieren.

Skandinavien nach den Wahlen

Von unserem Kopenhagener Korrespondenten.

Die Wahlen in den drei skandinavischen Ländern, Dänemark, Schweden und Norwegen, sind vorbei. Ihre Ergebnisse, die durch die Nachrichtenbüros wohl überall bekannt gegeben sind, haben in Schweden und Dänemark den erwarteten der sozialistischen Sache günstigen Ausfall gebracht. In Dänemark ist die Stellung des sozialistischen Ministers um Stauning stärker als je. In Schweden hat ein sozialistisches Kabinett Branting die konservative Regierung abgelöst. Und wenn auch beide Kabinette verlässliche Koalitionsregierungen sind, insofern, als sie nur mit der bürgerlichen Linken zusammen eine Mehrheit in den Parlamenten haben, so sind sie doch zu buchen als kühne Zeichen, daß die sozialistische Sache hier im hohen Norden marschiert.

Aber auch Norwegen zeigt — trotzdem die Sozialdemokraten keinen großen Erfolg hatten — einen Fortschritt zum Sozialismus. Einerseits darin, daß die Sozialdemokraten eine erhebliche Stimmenzahl als bei der letzten Wahl erhielten und nur durch die Lücken der Wahlkreiseinteilung keine Erhöhung der Sitze erzielten, andererseits in der Sendung der dortigen Arbeiterbewegung, die sich in der jerschütternden Niederlage der Moskauer Kommunisten äußert. Diese, die auf Moskaus Beschluß 1922 aus der Arbeiterpartei — eine ungefähre den früheren deutschen Unabhängigen entsprechende linkssozialistische Partei — austraten und mit reichlich Geld eine wilde Agitation für Moskau entfesselten, sind von 16 Mandaten auf sechs heruntergegangen! Das bedeutet, daß sie so gut wie erledigt sind! Bedauerlich ist nur, daß von den Links- zu den Rechtssozialisten wegen einer Unmenge persönlicher und lokaler Gegensätze schwer eine Brücke zu schlagen ist, aber ebenso wie in Deutschland wird auch in Norwegen die gewerkschaftliche Bewegung früher oder später die beiden sozialistischen Parteien wieder zusammenführen. Diese Notwendigkeit wird sich um so eher bieten, als die Wahlen in Norwegen wie in Schweden ein seltener Ausdruck für den Klassencharakter der gegenwärtigen Politik waren. Beiden Ländern fehlen kaum außenpolitische Sorgen, es ging um den innerpolitischen Kurs; und beide Länder zeigen eine starke Zunahme der dortigen reinen Klassenparteien: des norwegischen und des schwedischen Bauernverbandes. Der Bauer dort oben ist erwacht und tritt als starker Faktor in der Politik auf, seine Ständereisen vertreten, seine Bauernforderungen stellend. Diese Forderungen sind natürlich konsumentenfeindlich und arbeiterspezifisch. Agrarzoll, Wiederherstellung des alten patriarchalischen Verhältnisses zwischen Bauer und Gesinde, Verhinderung von Landarbeiterstreiks — diese Forderungen werden das Gute haben, viele noch Indifferente der Stadtbevölkerung aus den Reihen der schwankenden Liberalen in die der Arbeiterpartei hinzubringen.

Geschlossenheit und Stärke, Klarheit und kluge Taktik werden die sozialistischen Parteien in allen drei Ländern mehr denn je gebrauchen können, denn in allen drei Ländern stehen wichtige Dinge zur Erledigung. Branting in Schweden wird zwar unfruchtbar mit der bürgerlichen Linken eine gemeinsame Linie in der Frage der künftigen Militärordnung finden, aber darüber hinaus ist sozialpolitische Arbeit zu ordnen, daß er ein vollwertiges Mitglied der Arbeit ist. In Norwegen und Dänemark aber steht, als Ausdruck einer seit Kriegsausbruch zeitweise mehr, zeitweise minder scharfen, immer lebendigen Wirtschaftskrise die Valutafrage zur Entscheidung. Beide Valuten schwanken um den halben Friedenswert, die dänische etwas höher. Einigkeit herrscht darüber, die

Valuta zu stabilisieren. Aber wie, das ist die Frage. Die Rechtsparteien fordern Deflation. Herausführung der Krone auf den Vorkriegsstand; die Fachleute, Wirtschaftler und Arbeiterführer fordern Stabilisierung auf dem gegenwärtigen Stand durch Noteneinziehung und Geldeinsparung der Mittel zu ihrem gegenwärtigen tatsächlichen Goldwert. Die Arbeiterparteien weisen warnend auf die Lagen und die Folgen einer Deflation für die Arbeiterschaft, wie sie z. B. sich in der Tschechoslowakei aber auch in Schweden zeigten, hin. Wohl hat die Arbeiterschaft viel Stille in Wirtschaftsfachleuten aber andererseits ist der Widerstand des Finanzkapitals, das gern ein rundes Inflationsgeschäft machen möchte, groß. Schließlich auch hier das alte Lied: Wer soll die Kosten, die Lasten tragen? In Dänemark richtet sich der Kampf der Parteien vor allem gegen die Vermögenssteuerpläne der sozialistischen Regierung, in Norwegen wird sich die Arbeiterschaft gegen neue indirekte Steuern, Lohnobergrenzen und Konsumzoll hart verteidigen müssen.

Noch eins steht für das Kabinett Stauning als Hauptpunkt im Kampf: der dänische Abrüstungsplan. Nunmehr hat Stauning den lange proklamierten Plan als Gesamtentwurf dem Folketing vorgelegt. Wie man weiß, verlangt er die völlige Beseitigung von Heer und Flotte. Daß ein solch einschneidendes Gesetz Sturm erregen würde, war vorausgesetzt. Auffallender ist das Interesse der französischen Chauvinistenpresse. Der „Temps“ meint: Dänemark, an seinen südlichen Nachbar

(Deutschland) und dessen Nebenbuhler zu denken. Noch deutlicher wird er und andere, indem sie behaupten: Frankreich sei schon mit Rücksicht auf seine polnischen Verbündeten an dem Bestehen einer dänischen Wehrmacht, die stark genug ist, den Eingang in die Ostsee freizuhalten, interessiert. Nur zwei Wege gäbe es von Frankreich nach Polen, der eine führe durch Deutschland, der andere durch die Meerenge zwischen den dänischen Inseln. Man weiß, daß in Falle der Aufrechterhaltung seines „Paris“-Bündnisses mit einem Bündnis in der rechten Frankreich Poincaré, das ja bekanntlich in der Opposition ist. Der Zweck solcher Artikel ist klar: auf das dänische Volk gegen die Regierung Stauning einzuwirken. Das Spiel ist das uralte der französischen Nationalisten: eine Einkreisung Deutschlands, zur Täuschung friedlicher Gemüter als „Sicherheitsblindheit“ maskiert. Dazu läßt man nach und nach alle Weine springen. Neben Paris meldet sich schon Warschau als jemand, der „Bedenken“ gegen die dänische Abrüstung hat. Gut unterrichtete Leute wollen wissen, daß die Chauvinistenpresse noch anderer Länder der kleinen Entente auf den Plan gerufen werden soll!

Das ist möglich. Aber dagegen gegen eine solche „Internationale der Chauvinisten“ gibt es eine andere, die „Internationale der Sozialisten“. Unsere dänischen Genossen wissen, daß diese ihren Schritt zur Abrüstung mit Freuden begrüßt, und daß ihre Zustimmung mindestens ebenso stark und fest ist wie die Kriegsrüstungsbegehr der vereinigten Chauvinisten. P. Veiland.

Post und Eisenbahnen.

Fortsetzung der Debatte im Budgetauschuß.

Prag, 7. November. Der zweite Tag der Spezialdebatte im Budgetauschuß brachte eine Debatte über Verkehrsfragen. Der Umstand, daß ausschließlich Koalitionsredner die Debatte bestreiten müssen, trug dazu beträchtlich bei, daß man aus Koalitionsmunde ausschließlich oppositionelle Neben hören mußte. Der tschechische Agrarier Cerny bekannte freimütig ein, daß die Koalition oppositionell reden müsse, wenn die Opposition nicht da sei. So hat denn die Abgrenzung der Opposition auf die Koalition einigermaßen erleichternd gewirkt. Wir geben nachstehend die wichtigsten Momente aus der Debatte wieder:

Stříbrný verteidigt die Sprachprüfungen.

Eisenbahnminister Stříbrný beantwortete in der Debatte vorgebrachte Anfragen der Abgeordneten.

Er kam hierbei auf die Beschwerden der Opposition über die drakonische Durchführung der Sprachverordnung auf den tschechoslowakischen Staatsbahnen zu sprechen. Der Minister meint, daß die Aufregung ungerechtfertigt sei. Die tschechoslowakischen Staatsbahnen müßten schon im Interesse der Verkehrssicherheit darauf bestehen, daß das Personal in sprachlicher Hinsicht dem Publikum vollaus genüge. Der Minister konstatiert mit Freude, daß die ungeliebte Mehrheit des Personals deutscher Nationalität diese staatliche Notwendigkeit voll begriffen. 70 Prozent der aus der Staatssprache Geprüften haben die Prüfung bestanden. Der Minister behauptet aber, daß ein Teil des Personals sich durch politische Motive verleiten ließ, durch Leute, welche diese Prüfungen ein „Affenschauspiel“ nannten. Diese Herren hätten eine allzu schwere Verantwortung auf sich genommen. Fünfzig Prozent des Personals hätten sich trotz Aufforderung zu einer zweiten Prüfung nicht eingeschrieben, trotzdem seien diese Angestellten nicht entlassen worden. Dort aber, wo die Eisenbahnverwaltung zur Einsicht kommt, daß sie es mit

einem renitenten Element zu tun hat, könne sie nicht zurückweichen. Bis die Eisenbahnverwaltung in der Situation sein werde, das Personal zu ergänzen, werde sie auf der Kenntnis beider Sprachen beharren.

Der Minister behauptet, daß an manchen Orten großer Personalmangel herrsche, so daß die Eisenbahnverwaltung öfters in Konflikt mit dem Gesetz über den Nachschub gelangt.

Der Minister behandelte ferner die Frage der Elektrifizierung der Eisenbahnen und kündigte schließlich die Vereinigung des Post- und Eisenbahnministeriums in ein Verkehrsministerium an.

Gegen die privatwirtschaftliche Leitung der Eisenbahnen.

Der Referent über das Kapitel „Eisenbahnministerium“ Durbal erklärte unter anderem: Die Geschichte der österreichischen Eisenbahnen lehrt, daß durch eine unglückliche Eisenbahnpolitik viel Unheil angerichtet werden kann. Das Eisenbahnministerium wird in nächster Zeit eine Geschäftsordnung erlassen. Der Referent kann der Ansicht des Generalberichterstellers Dr. Erdinlo über die privatwirtschaftliche Leitung der Eisenbahnen nicht zustimmen, da dies nicht im öffentlichen Interesse läge. Die Abhängigkeit des Eisen-

bahnreferats vom Finanzministerium sollte beiseite gelassen werden. Aber man beachte, daß sie noch zu vergrößern, indem dem Verwaltungsausschuß des Eisenbahnministeriums ein Beamter des Finanzministeriums zugewiesen werden soll, der durch sein Vetorecht die Eisenbahnen schädigen kann. Dr. Erdinlo sollte bedenken, daß man die Eisenbahn nicht so leicht jedem in Verwaltung übertragen kann, nicht einmal, wenn sich eine noch so kapitalstarke Gesellschaft finden würde, welche sie den Ballast mit übernehmen wollen, der in diesen Unternehmen steckt. Man kann von einer Aktiengesellschaft schwerlich verlangen, die Aufgaben zu übernehmen, die die Eisenbahnen im öffentlichen Interesse erfüllen müssen. Es gibt wichtige soziale Interessen, die es verhindern, über diese Frage so leicht hinwegzukommen. Die Mängel unserer Eisenbahnen erklärt Redner als eine traurige Erbschaft nach dem alten Oesterreich. Wir halten noch nicht die Möglichkeit, zu einer durchgreifenden Reorganisation zu schreiten.

Das Märchen vom Personalüberfluß.

Der Referent wendet sich gegen die Behauptung, daß bei den Staatsbahnen über 20.000 überflüssige Angestellte beschäftigt sind, das war vor zwei Jahren der Fall, aber seither war die Eisenbahnverwaltung bestrebt, sich durch scharfe Maßnahmen dieser Kräfte zu entledigen. Der Referent hat eine Umfrage eingeleitet und von 120 großen Stationen die Antwort erhalten, daß eher Personalmangel herrsche. Die Frequenz der Bahnen steigt und ist teilweise sogar weit größer als in der Vorkriegszeit. Durch eine Verbesserung des veralteten Beförderungsverfahrens könnte viel erspart werden. Es wäre zu hoffen, daß der Verwaltungsausschuß in der Eisenbahnverwaltung einen neuen Geist einführen wird, der nicht durch das Veto des Finanzministeriums gebremst werden darf.

Der Referent tabelt die Abstriche im Postbudget.

Redner referiert über das Budget des Postministeriums, das um 43,9 Millionen, das ist um 5,16 Prozent reduziert wurde. Er bedauert, daß infolgedessen auch einige wichtige sachliche Ausgaben gedrosselt wurden, was besonders jetzt umso schwerer ins Gewicht fällt, wo die Erweiterung des Autobusverkehrs, des Telephonnetzes, des Postflugverkehrs usw. eine bringende Notwendigkeit vorstellt. Von der englischen Anleihe wurden 135.295.000 K für Investitionen der Postverwaltung verwendet. Die Einnahmen des Postverkehrs wurden im Vorjahre zu optimistisch präliminiert und die tatsächlichen Einnahmen bleiben bedeutend hinter dem Präliminare zurück. Dagegen steigen die Einnahmen aus dem Telephon- und Telegraphenverkehr ständig von Jahr zu Jahr. 1919 wurden sie mit 23 Millionen präliminiert und für das kommende Jahr rechnet man mit einem Betrage von 160 Millionen. Daraus sieht man, wie wichtig Investitionen in den staatlichen Unternehmungen sind und man muß bedauern, wenn an den Investitionen Abstriche erfolgen.

Auch der Postminister gegen die Restriktion des Budgets.

Minister Franke erklärte, es zu bedauern, daß an den Sachausgaben seines Ressorts gekürzt werde. Er ist dem Berichterstatter für seine Ausführungen in dieser Hinsicht dankbar. Redner spricht die Frage der Portoherabsetzung, die gegenwärtig nicht möglich sei, die Frage der Zeitungs Expedition, der ungenutzten Telephonverbindungen und der Autobusverbindungen.

12 Schreckliche Nacht.

Von Nikolaj Wassiljewitsch Gogol.

Aus dem Russischen überetzt von Bruno Göy.

Der Tag erwacht, die Sonne geht auf — und er ist verschwunden. Zuweilen nur sehen die Bergbewohner einen langen Schatten über die Bergwände huschen, obgleich der Himmel klar und wolkenlos ist. Raum aber führt die Nacht die Finsternis herauf, so ist er wieder sichtbar: sein fließendes Bild spiegelt sich wider in den Seen, und hier ihm folgt sein zitternder Schatten einher. An vielen Bergen schon war er vorbeigekommen und ist endlich hoch auf den Gipfeln hinaufgeritten. Einen höheren Berg gibt es nicht in den Karpathen: wie ein Jar überrogt er die andern Berge. Dort machen Roth und Ritter halt. Noch tiefer verfinstert er in den Tälern. Wolken lassen sich herab und hüllen ihn ein.

13.

„... leiser, Frau! Noch nicht so! Ich bin ein Mann! Mein Kind ist eingeschlossen. Lang hat es gedauert, jetzt schläft es endlich. Ich geh in den Wald. Ja, warum siehst du mich so an? Du bist furchterlich! Aus den Augen reden sich die Jungen hervor. Ach, wie sind sie lang! Sie brennen wie Feuer! Du bist sicher eine Hexe! O, wenn du eine Hexe bist, hob dich von dannen! Du willst mir meinen Sohn stehlen. Wie töricht ist dieser Jussaul: er meint, ich lebe mit Vergnügen in Aijew. Aber nein: mein Mann und mein Sohn sind so hier: wer wird denn die Hütte bewachen? Ich bin so leise fortgegangen, daß nicht Rahe noch Hund etwas bemerkt haben. Du willst wieder

jung werden, Weib? Das ist gar nicht so schwer: man muß nur tanzen. Sieh, wie ich tanze...“ Katarina war es, die diese unzusammenhängenden Worte gesprochen hatte, und schon wirbelte sie im Tanz dahin, stammte die Arme in die Seiten und sah sich irrt nach allen Seiten um. Winkeln stampfte sie den Boden; ohne Regel und Takt wirrten ihre silbernen Hüften. Die aufrechten Flechten hingen wie über ihren weichen Hals hinab. Ohne innezuhalten schrie sie wie ein Vogel dahin, katterte mit den Armen im Kreise und nickte mit dem Kopfe; es war, als müßte sie gleich ohnmächtig zu Boden stürzen oder aus der Welt hinausfliegen.

Traurig stand die alte Amme da und neigte ihre tiefen Runzeln mit Tränen; wie ein schwerer Stein lag es auf den Herzen der treuen Burschen, als sie ihre Herrin so tanzen sahen. Schon war sie ganz matt geworden und stampfte den Boden immer an derselben Stelle, im Glauben, sie tanze den Achtantentanz. „O, ich habe ein Perleuhalsband, ihr Burschen,“ sagte sie endlich und hielt inne, „ihr aber habt keine!... Wo ist mein Mann?“ schrie sie plötzlich auf und zog einen Dolch aus ihrem Gürtel. „Ach, das ist kein Dolch aus ihrem Gürtel.“ „Ach, das ist kein Dolch, wie ich ihn nötig habe.“ Sie brach in Tränen aus, und ein unendlicher Gram prägte sich in ihren Zügen aus. „Das Herz meines Vaters ist fern von hier: der Dolch reicht nicht bis dahin. Sein Herz ist aus Eisen geschmiedet, eine Hexe hat es im höllischen Feuer geschmiedet. Warum kommt denn mein Vater nicht? Weiß er denn nicht, daß es an der Zeit ist, ihn zu erlösen? Er will wohl, daß ich selbst zu ihm komme...“ Sie brach ab und lachte wunderbarlich auf. „Mir ist eine lustige Geschichte eingefallen: ich erinnere mich, wie man meinen Mann begraben hat; man hat ihn ja bei lebendigem Leibe eingescharrt. Wie ich da lachen

musste!... Hört! Hört!“ Und anstatt weiterzusprechen, begann sie ein Lied zu singen:

„fährt ein blutbesiedelter Karren,
ein Rosal liegt auf dem Karren,
wundgeschossen, totgeschlagen,
hält im Arme seine Lanze,
von der Lanze rinnt das Blut,
rinnt das Blut in roten Strömen.
Dintern Wache steht ein Ahorn,
auf dem Ahorn kräht ein Hahn,
ihren Sohn beweint die Mutter,
weint nicht, Mutter, gräm dich nicht!
Hochzeit soll dein Sohn jetzt machen,
hat ein Weibchen sich genommen,
in der weiten feuchten Erde
wird die Wohnung ihm bereitet
ohne Tür und ohne Fenster,
— das ist aller Vieder Schluß.
Tanzt ein Krebs mit einem Fische,
und wer mich nicht lieben mag,
dessen Mutter soll zerplagen!“

So mungen sich die alle Vieder durcheinander. Mehrere Tage schon lebte sie wieder in ihrer Hütte und will von Aijew nichts wissen; sie besiet nicht, läuft vor den Menschen davon und irrt vom Morgen bis zum späten Abend in den dunklen Eichenwäldern umher. Spitzige Nester tragen ihr weißes Gesicht und ihre Schultern; der Wind gewirbelt ihr aufgelöstes Haar; Herbstblätter rascheln unter ihren Füßen. Sie bemerkt nichts von alledem. Zur Stunde, da das Abendrot erlischt, die Sterne noch nicht aufgegangen sind und der Mond noch nicht leuchtet, wird es im Walde unheimlich; die ungerauschten Kinder fragen an den Baumstämmen, langen nach den Ästen, heulen und lachen und wälzen sich, zu Knäueln geballt, über die Wege und durch das dicke Dornengebüsch; den Wasserern des Dnjepr entsteigen in langen Reihen die Jungfrauen, die ihre Seelen

dem Verderben geweiht haben; ihre Haare fluten vom grünlichen Kopf auf die Schultern her; das Wasser tropft glucksend von den langen Haaren zu Boden, und unter den Fluten leuchtet ein Mädchenleib wie unter einem gläsernen Hemde hervor; ihre Rippen lächeln selbst am spöttisch, ihre Wangen glänzen, ihre Augen loden einem die Seele aus dem Leibe... sie möchte in Liebe entflammen, sie möchte küssen... Fliehe, Christenmensch! Ihre Lippen sind Eis, ihr Bett — das kalte Wasser; sie wird dich zu Lohr kipeln und mit sich in den Fluß ziehn. Katarina sieht niemanden, fürchtet sich in ihrem Wahnsinn nicht vor den Wasserjungfrauen und läuft noch spät mit ihrem Dolche herum, den Vater zu suchen.

Am frühen Morgen war ein Gast von statlicher Gestalt in rotem Schupen bei ihr eingelehrt und erkundigt sich nach Pan Danilo; er erzählt, was geschahn ist, weint, wischt sich die Augen und juckt bedauernd die Achseln. Er sei ein Kriegskamerad des Dahingeshiedenen gewesen, sie wären gemeinsam gegen die Tataren und Türken zu Felde gezogen, er hätte nie geglaubt, daß Pan Danilo noch ein Ende nehmen werde. Der Gast erzählt noch manches andere und verlangt schließlich, Pani Katarina zu sehn.

Katarina hörte anfangs auf nichts hin, was der Gast berichtete; allmählich wurde sie aber aufmerksam und begann, ganz als ob sie bei Vernunft wäre, seinen Worten zu lauschen. Er schilberte gerade, wie er mit Danilo wie ein Bruder zusammen gehaust habe, daß sie sich einmal vor den Krimer Tataren hinter einem Damme versteckt gehalten... Katarina hörte zu und ließ ihn nicht aus den Augen.

„Sie kommt wieder zu sich,“ dachten die Burschen, als sie sie so sitzen sahen, „dieser Gast wird sie heilen. Sie hört schon wie eine Vernünftige zu.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Minister hält es für sehr gefährlich, Staatsbetriebe Privatgesellschaften zu überlassen. Dies würde einen Schritt nach rückwärts bedeuten. Zu solchen Maßnahmen kann die Staatsverwaltung nur im Falle äußerster Not greifen, wie zum Beispiel Deutschland in letzter Zeit.

Eine Reforleistung unserer Post — 3 km = 30 Stunden.

In der Debatte über das Postbudget war eine Mitteilung des tschechischen Sozialdemokraten Kemes ein Zeichen dafür, daß die Organisation des Post-Expedit nicht auf der Höhe der Zeit ist, denn es wäre dann nicht möglich, daß Leistungen vom Erscheinungsort in den Bestimmungsort, der vom Erscheinungsort nur 3 Kilometer entfernt ist, 30 Stunden brauchen, eine Zeit, in der wir beispielsweise von Karpathoruhland bis Dänemark kommen!

In den späten Abendstunden ging der Ausschuss in die Beratung der nächstfolgenden Kapitel ein.

Inland.

Schwere Verlegenheit.

Die Weigerung des größten Teiles der Opposition, die Budgetberatungskommission im Ausschuss mitzumachen, hat die Koalition in nicht geringe Verlegenheit versetzt. Der tschechoslowakische Parlamentarismus ist damit reslos und vor aller Öffentlichkeit als bloße Staffage für den Absolutismus der „Pätkä“ enthüllt. Das Unbehagen der Koalition drückt sich im allgemeinen durch Stillstände aus; einer der Mitarbeiter der „Prager Presse“ aber, die bekanntlich seine Meinung, sondern ein Amt haben, übt dieses letztere wieder einmal durch kritische Vernichtung der Opposition aus.

Mit großartiger Geste verurteilt er die politische Demonstration der oppositionellen Abgeordneten zum Untergang, „in dem Wellenschlag der politischen Ereignisse“. Natürlich, der deutsche Arbeiter, der unter Lohnraub und Teuerung leidet, der deutsche Kleinbauer, dem ein tschechischer Grundbesitzer die Früchte der Bodenreform wegschnappt, alle die Menschen, die von bürokratischer Willkür gequält, von politischen Verfolgungen bedrückt werden, starren im Banne großer politischer Ereignisse nach Berlin, London und New York — für die tschechische Politik, die in ihr tägliches Leben eingreift, haben sie keinerlei Interesse. Eine derartige politische Erziehung würde den Herren der „Prager Presse“ vielleicht passen, sie zu verhindern ist gerade die Aufgabe der Opposition, vor allem der deutschen Sozialdemokratie.

Die „Prager Presse“ bezweifelt aber auch die sachliche Berechtigung des oppositionellen Schrittes und behauptet, daß nichts anderes vorgebracht wurde, als ungenügende Rücksichtnahme auf die Opposition. Diese offenkundige Unwahrheit wird nicht nur durch die wuchtige Anklage der Genossen Tausch widerlegt; die regierungstreuen Mitglieder des Budgetausschusses selbst strafen sie Lügen, indem sie, durch den Schachzug der Opposition zum Sprechen gezwungen, durchwegs oppositionelle Reden halten. Wenn die „Prager Presse“ uns aber belehren möchte, daß Berücksichtigung in erster Linie durch Arbeit, nicht aber durch agitatorische Aktionen erlangt werden müsse, so versucht sie ganz vergebens zu verschleiern, warum der Kampf eigentlich geht. Denn nicht weil sich die Opposition von der Mitarbeit fernhalten will, sondern weil sie von ihr gewaltsam ferngehalten wird, hat sie sich zur passiven Resistenz entschlossen. Liegt der Mehrheit wirklich an der schöpferischen Tätigkeit der Opposition, dann muß sie eben mit ihrer Taktik, die Minderheit jedesmal vor vollendete Tatsachen zu stellen, gründlich brechen.

Vorläufig scheint der gute Wille dazu zu fehlen. Die „Prager Presse“, die das nicht einsehen darf, schreit daher „Daltet den Dieb.“ Sie wirft der Opposition vor, daß sie „Methoden der Zwangsmittel, vollständig undemokratische Requisitionen“ anwende. Wir haben bisher gemeint, daß die „Pätkä“, die Konfiskationen, der Absolutismus des Bodenamtes, die oligokratischen Verwaltungskommissionen und die sonst hergelande üblichen „Methoden der Zwangsmittel“ zu den Requisitionen der Regierungsmehrheit gehören. Daß es demokratisch ist, sie anzuwenden, und undemokratisch, sich gegen sie aufzulehnen, wird der „Prager Presse“ niemand glauben. Zu den übelsten Begleiterscheinungen der Koalitionsherrschaft gehört die Heuchelei, in der gerade die „Prager Presse“ Meisterschaft besitzt. Aber die Heuchelei, daß hier parlamentarisch regiert wird, ist nach den Vorgängen im Budgetausschuss nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Mehrheit wird ihre Methoden ändern müssen, oder für immer als Feindin der Demokratie gebrandmarkt sein.

Gegen das „Pravobidie“, das den Ereignissen im Budgetausschuss eine nicht sehr klare Betrachtung widmet, wollen wir nicht polemisieren. Daß hat schon sein Chefredakteur Genosse Štábin besorgt, der im Budgetausschuss sagte, daß an der verschärften Opposition niemand eine Freude haben könne, der an der Konsolidierung der inneren Verhältnisse interessiert ist. Das ist die Wahrheit, und wortreiche Bemühungen, sich um diese Wahrheit herumzubringen, sind nur ein Ausdruck schwerer Verlegenheit. An der Mehrheit liegt es, durch entschlossene Abwehr von der hochmütigen Mißachtung der Opposition aus dieser Verlegenheit den Ausweg zu finden.

Die Reaktion an der Prager deutschen Universtität.

Der Rektor ihr Vorkämpfer: Er verbietet einen wissenschaftlichen Vortrag, der von sozialistischen Studenten veranstaltet wird.

Die Freie Vereinigung sozialistischer Studenten in Prag plante Montag, den 10. November, einen Vortrag des Genossen Dr. Robert Wiener über das Thema „Die Staatstheorie des Marxismus“ zu veranstalten. Es ist selbstverständlich, daß es sich hier um einen rein wissenschaftlichen Vortrag handeln sollte. Ueber die Staatstheorie des Marxismus ist nämlich ein Streit zwischen den beiden Professoren an der Wiener Universtität Dr. Hans Kelsen und Dr. Max Adler entbrannt, der die Auslegung der marxistischen Lehren über den Staat zum Gegenstand hat. Sowohl Kelsen als auch Adler haben über dieses Thema bemerkenswerte Bücher geschrieben, die einen Fortschritt in der wissenschaftlichen Theorie des Staates bedeuten. Genosse Dr. Wiener wollte nun die in den beiden Büchern aufgeworfenen Streitfragen behandeln und so die sozialistischen Studenten gleichzeitig in die marxische Staatstheorie einführen. Das Rektorat hat aber diesen Vortrag verboten, und zwar aus dem Grunde, weil er angeblich „politisch“ sein könnte.

Die Verfügung des Rektorats wird bei allen Menschen, die wirklich für die Freiheit der Wissenschaft eintreten, die heftige Empörung hervorzurufen. Dem Herrn Rektor wird es vielleicht bekannt sein, daß die Staatstheorie ein Lehrgegenstand an der juridischen Fakultät ist und daß es daher einem Studentenverein erlaubt sein muß, seinen Mitgliedern einen staatswissenschaftlichen Vortrag zu vermitteln. Schließlich ist es nicht Aufgabe eines Studentenvereines — weil zufällig der Rektor ein Theologe ist — für seine Mitglieder einzig und allein theologische Vorträge zu veranstalten. Wenn der Herr Rektor, der vielleicht noch in der Geistigkeit der Gegenreformation lebt, der Ansicht ist, daß sich Studenten an der Universtität mit staatswissenschaftlichen Problemen nicht beschäftigen sollen, dann möge er das auch demjenigen Professor mitteilen, der an der Universtität dieses Fach lehrt, und möge ihm vielleicht vorschreiben, was der Herr Professor vortragen soll, damit es dem geistlichen Herrn Rektor in den Kram paßt. Der Herr Rektor hatte natürlich keine Ahnung davon, was Genosse Dr. Wiener in seinem Vortrage sagen wollte und man sieht daran, mit welcher Umsticht der Herr Professor Dr. Jatsch der gegenwärtig das Amt eines Rektors bekleidet, seine Entscheidung fällt. Er hat keine Ahnung von dem Vortrag, weiß aber, daß dieser politisch sein wird.

Eingemeindungspraktiken zum Zwecke der Tschechisierung. Aus Mährlitz (Mähren) wird uns geschrieben: Man war hier allgemein der Meinung, daß die Regierung dieses Staates, vor allem auch der Chef der politischen Landesverwaltung in Mähren, Präsident Cerny, den wahnwitzigen Plan der tschechischen Minderheit in Mährlitz, durch Einverleibung stundenweit entfernter Gemeinden ein tschechisches Groß-Mährlitz zu schaffen, ablehnen werde, umso mehr als Präsident Masaryk selbst diese Einverleibung als Ungehuerlichkeit bezeichnet hat. Wenn man nun den Stimmen aus der tschechischen Minderheit in Mährlitz Glauben schenken kann; dann ist im Schoße der Regierung der Plan, die tschechische Gemeinde Knonitz einzuverleiben, zur Reife gelangt und es soll die Entscheidung unmittelbar bevorstehen. Alle Vorstellungen deutschseits haben nicht gefruchtet. Man bedenke, daß die Bevölkerung von Mährlitz — nicht nur die Deutschen, sondern auch die Tschechen — aus wirtschaftlichen Gründen zumindest 90 Prozent gegen die Einverleibung der vier Kilometer entfernt liegenden Gemeinde Knonitz sind; das bezeichnendste ist, daß die fast durchgehends tschechischen Einwohner dieser Gemeinde zu 95 Prozent gegen diesen Plan bei der Regierung protestiert haben. Ausgerechnet am Tage der Befreiung des tschechischen Volkes, am Staatsfeiertage, dem 28. Oktober, hat der durchwegs aus Tschechen bestehende Gemeindevorstand der einzuverleibenden Gemeinde Knonitz einstimmig die Einverleibung mit Mährlitz abgelehnt. Und nun soll, nachdem man den Deutschen in Mährlitz ein schimpfliches Kompromiß aufdrängen wollte, gegen den Willen fast der gesamten Bevölkerung der beiden Orte, Mährlitz und Knonitz zu einem Ganzen zusammengeknüpft werden, lediglich deshalb, weil es der Regierung durch die Narodni jednota in Mährlitz diktirt wird. Wo soll man in diesem Staate Recht und Gerechtigkeit suchen, wenn dessen Regierung die Meinungsäußerung des Staatsoberhauptes negiert und vor der Forderung einer nichtsagenden Gruppe kapituliert, welche lediglich eine bisher bezogene, ihr nie gebührende Machtposition festigen und für die Zukunft behalten will. Nicht dem tschechischen Volke soll mit dieser Einverleibung geholfen werden, sondern nur Einzelnen. Eines muß aber heute offen gesagt werden: kommt es zur gewaltsamen Niederringung der deutschen Mehrheit in Mährlitz, dann beginnt ein Kampf, dessen Verantwortung alle jene Regierungsstellen tragen, die sich zum willfährigen Werkzeug der Narodni jednota in Mährlitz hergeben haben.

Es muß geklärt sein. Wie die „Reichenberger Jg.“ von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, ist Dr. Alexander Schilling auf

Die Ursache dieser Verfügung des Herrn Rektors ist natürlich keine andere, als daß der Vortragende Sozialist ist. Dem Herrn Rektor wird es beiläufig nicht einfallen, demjenigen Wissenschaftler, der irgend einer bürgerlichen Partei angehört, zu verbieten, vor Studenten einen Vortrag zu halten. Der christlichsoziale Rektor macht einfach seiner Feindschaft gegen den Sozialismus, seinem Haß gegen die Arbeiterbewegung Luft und er kann es, weil er eben Rektor ist. Gegen seine Verfügung ist nämlich ein Rekurs an eine höhere Instanz nicht möglich, denn die Universtität ist „autonom“ und über die Geschäfte der Universtität kann einzig und allein der Rektor entscheiden. Damit liefert der Herr Rektor den Arbeitern und jedem für die wirkliche Freiheit der Wissenschaft eintretenden Menschen ein klassisches Beispiel, was die sogenannte Autonomie der Universtität heute in Wirklichkeit für einen Zweck hat. Ursprünglich ein heiliges Vorrecht, so wie die Vorrechte der Grundbesitzer oder der Zünfte, wurde sie später, als die Bourgeoisie und die ihr angehörenden Träger der Wissenschaft eine revolutionäre Klasse geworden waren, ein revolutionäres Kampfmittel dieser Klasse gegenüber dem in den Händen der Feudalherren befindlichen Staat. Insbesondere in der Weiterentwickelten Ära vor dem Jahre 1848 waren die Universtitäten die Stätten, wo man frei reden konnte, weil eben die Autonomie die Universtitäten vor den Zugriff des Staates schützte. Mit der Umbildung der Bourgeoisie von einer revolutionären zu einer reaktionären Klasse hat die Autonomie der Universtitäten einen Funktionswandel durchgemacht. Die Universtitäten — und insbesondere die Prager deutsche Universtität — werden von einem reaktionären Professoren- und Studentenrat beherrscht, die Autonomie der Universtität dient dazu, jeden frischen Aufbruch von dieser Bildungsstätte fernzuhalten. Es ist allerhöchste Zeit, daß sich die deutsche Bevölkerung dieses Staates gegen diese Zustände zu wehren beginnt, es wird höchste Zeit, zu verhindern, daß die Universtität zu einem Sammelpfad einer reaktionären Clique gemacht wird. Die Universtität gehört nicht dem Herrn Rektor, sondern dem deutschen Volke in der Tschechoslowakei und es wird nicht stillschweigend geduldet werden, daß der gegenwärtige Rektor an der höchsten Bildungsstätte der deutschen Bevölkerung dieses Staates die Freiheit der Wissenschaft in Wirklichkeit erschlägt.

Grund eines Beschlusses der Parteileitung aus der Partei ausgeschlossen worden. — Es muß schon ein schweres Vergehen sein, das die Galtenkreuzler bewegt, ihren ehemaligen „Star“ aus der Partei auszuschließen. Seine Anstellung bei der jüdisch-liberalen „Egerer Zeitung“ war seinerzeit kein Grund dafür, ihm die arische Gesinnung abzuspüren. Jetzt ist er, wie wir vor kurzem meldeten, nach Wien gegangen. Es muß wohl eine schon arg jüdische Zeitung sei, in der Dr. Schilling jetzt seine Gesinnung abspürt, wenn die alte Heimat ihn ausschließt. Was sagen dazu die Arbeiter, die sich von Dr. Schilling jahrelang erzählen ließen, er sei aus der Sozialdemokratie ausgestiegen, weil sie verjudet sei?!

Ausland.

Das neue Kabinett Pasić.

Nachdem in den letzten Tagen verschiedene Kabinettsbildungen in Serbien mißglückt sind, so die des Demokraten Pribičević und die des Radikalen Timotijević, hat der König nun wieder Nikola Pasić mit der Regierungsbildung betraut. Pasić hat eine aus Radikalen beider Flügel und aus Demokraten bestehende Ministerliste zusammengestellt. Es heißt, daß das neue Kabinett nur die Aufgabe haben wird, Rewahlen durchzuführen. Die Demokraten beteiligen sich an ihm, um gesetzliche Neuwahlen und damit eine neue Basis für die innere Politik Serbiens, die seit mehr als einem Jahr von Krisen erschüttert wird, geschaffen werden kann. Da aber eine Spaltung innerhalb der demokratischen Partei droht, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich Pasić, unterstützt von dem einen Flügel der Demokraten, wieder häuslich einrichtet. Auch wenn es aber zu Wahlen kommt, ist es gar nicht ausgemacht, daß die Nationalisten weitere Mandate an die Opposition verlieren und Radik, wie bei den letzten Wahlen, gewinnt. Bei einigem Wahlterror wird es den Radikalen möglich sein, starke Erfolge zu erzielen. Deshalb wäre es riesig wichtig gewesen, daß die Rewahlen von einem demokratischen Kabinett durchgeführt worden wären, da in der Lage gewesen wäre, eine Verwendung des staatlichen Machtapparates zu radikalen Parteizwecken zu verhindern. Die Schuld an der für den Staat Schicksalsweg erstrecklichen Wendung, die, wie immer sie sich auswirken wird, wahrscheinlich nur den Nationalisten nützen dürfte, trägt vor allem die unentschlossene Politik der kroatischen Bauernpartei. Radik hat eine schwankende Haltung eingenommen, daß es der Regierung Davidović unmöglich war, im Amte zu bleiben. War das Programm der Radikaler schon früher nicht

recht klar, so wurde es nach dem Eintritt der Partei in die Moskauer Bauerninternationale vollends konfus. Radik spielte Regierungspartei und wollte doch einzelne Minister der Regierung stürzen. Er wollte Pasić entscheidend schlagen und rannte zugleich gegen dessen Widersacher in der radikalen Partei selbst, gegen den liberal gesinnten Kammerpräsidenten Jovanović Sturm. Er brachte es dahin, daß die Regierung Davidović nicht eine Reform zu Gunsten der nationalen Minderheiten durchführen konnte und verscherte sich gleichzeitig für die Wahlen die Sympathien zahlreicher Kroaten und das Vertrauen der serbischen Demokraten. Das Königtum sieht in ihm nun einen gefährlichen Feind, den es selbstverständlich mit allen Mitteln bekämpfen wird, während noch vor kurzem die Aussicht bestand, daß die Dynastie und die Armee im Interesse einer vernünftigen Politik sich von der radikalen Partei abwenden würden. In weniger als einem halben Jahre hat die ziellose Opposition Radik, die der gewisser „negativistischer“ Kreise in anderen Staaten sehr ähnlich ist, einen großen Teil der Chancen, die für eine Reform der zentralistischen Verfassung in Serbien bestanden, zerstört. Die Kautschukpolitik Radik aber ist zum guten Teil auf das Schuldkonto seiner Moskauer Meister zu setzen.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz legt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1923 vor. Er zeigt, daß die Partei die schwere Wirtschaftskrise ohne größere Erschütterung überstanden hat. Die Mitgliederzahl der Partei, die vom Jahre 1921 bis 1922 um 3786 gesunken war, verminderte sich von 1922 bis 1923 nur von 34.072 auf 32.755. Die Partei hat zehn deutsche, drei französische und ein italienisches Tagblatt; daneben besitzt sie noch drei kleinere Blätter und eine Monatschrift. Der Bericht gibt eine Uebersicht über die Tätigkeit der Partei im Berichtsjahr sowohl in den Fragen der internationalen proletarischen als auch der inneren Schweizer Politik. Grundsätzlich wird über den Hamburger Kongress berichtet. Die innere Politik war vom Kampfe um das Alkoholgesetz, von der Zollfrage und dem Ringen um die Alters- und Invalidenversicherung ausgefüllt.

Die Stärke der belgischen Arbeiterpartei. In einem Interview gibt Genosse van Rosbroek, der Sekretär der belgischen Arbeiterpartei folgende interessante Daten über den gegenwärtigen Stand der belgischen Arbeiterbewegung: Die Partei zählte am 31. Dezember 1923 ungefähr 640.000 Mitglieder; sie ist derart organisiert, daß sie in ihrem Aufbau auch die gewerkschaftlichen Organisationen einschließt. Für sich genommen zählen die Gewerkschaften rund 700.000, der Genossenschaftsbund rund eine Million Mitglieder, die Jugendorganisation 22.000. Zur Partei gehören ferner eine gute Frauenorganisation, eine der besten Arbeiterbildungsorganisationen und ein Studienbureau und Archiv. Sie verfügt über 80 Arbeiterheime und eine weitverbreitete Presse, darunter sechs Tagblätter, die zusammen eine Auflage von 120.000 haben. Die Partei ist in der Kammer durch 68, im Senat durch 52 Abgeordnete vertreten. Außerdem zählt sie 3164 Gemeinderäte und verfügt über die Mehrheit in 246 (von insgesamt 2600) Gemeinden.

Die spanischen Sozialisten und Primo de Rivera. In der englischen Presse war vor kurzem die Nachricht verbreitet, daß der spanische Diktator Primo de Rivera eine Annäherung an die spanischen Sozialisten beabsichtigt und versucht habe. Demgegenüber stellt das Sekretariat der spanischen Sozialistischen Partei in einem an die sozialistischen Parteien und die sozialistische Presse gerichteten Rundschreiben fest, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. „Die spanische Sozialistische Partei“, heißt es in dem Rundschreiben, „und der spanische Gewerkschaftsverband haben niemals mit der monarchistischen Regierung zusammengearbeitet, arbeiten gegenwärtig nicht mit der Militärdiktatur zusammen und haben auch in Zukunft keine Absicht, mit einem politischen Regime zusammenzuarbeiten, das dem gegenwärtigen ähnlich ist.“

Die Bildungssteuer.

Zu der Frage der Einführung der Bildungssteuer haben bereits einige Genossen das Wort gehabt. Fast alle begrüßen die Einführung dieser „Steuer“ und es kann gesagt werden, daß für diese Frage auch draußen in den Lokalorganisationen volles Verständnis herrscht. Nur bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Aufteilung der zu erwartenden Einkünfte. Dieser Gegenstand kann denn auch in den Ausführungen der Genossen Niam und J. V. zum Ausdruck. Während Genosse J. V. unbedingte Zentralisation der Bildungsarbeit und der hierfür eingehobenen Bildungssteuer vorschlägt, spricht sich Genosse Niam dafür aus, daß auch die Lokalorganisationen einen Teil von diesen Beiträgen erhalten. Wenn es nun auch richtig ist, daß die Zentralisation der Mittel ein mächtiger Hebel zur Förderung der gesamten proletarischen Bildungsarbeit ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß eine im Sinne der Betrachtungen des Genossen J. V. gehaltene Lösung der Frage wenig geeignet ist, die ebenso wichtige, tägliche Bildungsarbeit in den Lokalorganisationen vorwärts zu bringen. Es ist zu bedenken, daß hi der von ihm gewünschten Zentralisation die Organisationen in den abseits der großen Städte liegenden Gemeinden schwer benachteiligt sein werden, weil die Mitglieder dieser Organisationen nicht so oft wie die Genossen in den Städten Gelegenheit haben, Vorträge zu besuchen, und weil ferner mit der öfteren Veranstaltung von Vorträgen der Bezirke und Kreise in solchen Orten wegen den bekannten Schwie-

richtigen wenig zu rechnen ist. Aus diesem Grunde liegt das Schwergewicht der Bildungsarbeit in solchen Organisationen eben in der Volksgemeinschaft selbst und es muß auf diesen Umstand unbedingt Rücksicht genommen werden. Um nur ein Beispiel anzuführen: In den kleinen Lokalorganisationen oder auch in größeren, jedoch von den Städten entlegenen, ist vielfach die Hauptaufgabe des Bildungsvorstandes die Ausgestaltung der Arbeiterbibliothek. Dazu bedarf es schon einiger Geldmittel, die eben durch einen Anteil der Lokalorganisationen an der Bildungssteuer aufgebracht werden könnten. Das Ausbessern der Bücher, die Anschaffung aller notwendigen Druckerzeugnisse und endlich auch der Ankauf neuer Bücher ist nur dann möglich, wenn die Bildungsausschüsse besondere Beiträge erkalten. Man wird besonders diese Tatsache bei der Beschlußfassung über die Aufhebung im Auge behalten müssen und ich zweifle nicht, daß die Meinung des Genossen Klam und der des Genossen J. B. vorzuziehen ist und doch sich diese Organisationen im Sinne dieser Betrachtung ausdrücken werden.

A. Jungwirth, Sängerehrf.

Die Staatsbürgerschaft eines bedingt definitiven Gemeindebeamten.

Eine Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts.

Eine äußerst verwickelte Rechtsfrage bildete kürzlich den Gegenstand der Verhandlung beim Obersten Verwaltungsgericht.

Die alte Gemeinderatsverwaltung von Brünn hatte noch knapp vor der Uebernahme der Macht durch die neuen Gewalthaber in der Sitzung vom 2. November 1918 einer Anzahl von Gemeindeangestellten die definitive Anstellung verliehen. Auf Grund der Beschlüsse der ernannten Verwaltungskommission hat der noch dem Umsturz eingesezte Verwaltungskommissar Peter Ehrenfeld diese Ernennungen bestätigt, jedoch gegen die reversmäßige Verpflichtung der Ernannten, daß sie innerhalb von sechs Monaten die tschechische Sprache in dem zum Dienstgebrauche erforderlichen Ausmaße erlernen, widrigenfalls die mit dem Definitivum verbundenen Rechte, erlöschen. Die Bestätigungen darüber, daß die reversmäßig eingegangene Verpflichtung auch wirklich eingehalten worden ist, sind freilich erst im Jahre 1921 ausgestellt worden, nachdem vorher schon eine Anzahl dieser Kräfte wegen ungenügender Kenntnis der tschechischen Sprache entlassen worden ist.

Unter den Angestellten, welche erst im Mai 1921 die hinreichende Kenntnis der Amtssprache und damit auch die unbedingte Anerkennung des Definitivums bestätigt wurde, befand sich auch eine Beamtin, die bis zu ihrer im November 1918 beschlossenen definitiven Anstellung in Wien heimatsberechtigt gewesen ist. Diesen Umstand benützte das Präsidium des Brünnener Stadtrates, um sie als „Ausländerin“ zu erklären und an die Auflösung ihres festen Dienstverhältnisses zu schreiten. Um sich gegen diese Bedrohung ihrer Existenz zu schützen, hat die Beamtin ein Ansuchen an die politische Landesverwaltung gerichtet, in dem sie um Anerkennung ihrer tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft bittlich ward. Zur Begründung dieses Ansuchens berief sie sich auf den § 10 des Heimatsgesetzes, demzufolge definitive Gemeindebeamte das Heimatsrecht an ihrem Dienstorte erlangen. Sie sei sonach bereits im November 1918 auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates vom 2. November 1918 und der — wenn auch bedingten — Bestätigung durch den Regierungskommissar kraft des zuerkannten Definitivums in Brünn heimatsberechtigt geworden. Da Art. 3 des Brünnener Vertrages bestimmt, daß Oesterreich und die Tschechoslowakei gegenseitig die bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages von St. Germain, das ist bis zum 16. Juli 1920 auf Grund des § 10 des Gesetzes vom 2. Dezember 1896 R.-G.-Bl. Nr. 222 von öffentlichen Beamten erlangten Heimatsrechte als Grundlage der Staatsbürgerschaft ansehen, somit hat sie mit der Erlangung des Brünnener Heimatsrechtes im November 1918 auch die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erworben.

Die politische Landesverwaltung gab dem Ansuchen keine Folge, und zwar mit der Begründung, daß das Definitivum der Rechtsgültigkeit entbehre, da die Beamtin am 2. November 1918 — also nach Erziehung des tschechoslowakischen Staates — nach Wien zurückgekehrt sei, also eine Ausländerin war und daher gar nicht definitive Beamten werden konnte, weil die Erlangung einer definitiven Anstellung in jedem öffentlichen, also auch im Gemeinbedienst den vorherigen Besitz der inländischen Staatsbürgerschaft zur Voraussetzung hat. Da das Definitivum der Rechtsgültigkeit entbehre, so habe es auch keinerlei Rechtsfolgen, wie Erwerbung des Heimatsrechtes und der Staatsbürgerschaft nach sich ziehen können. Dagegen berief die Beamtin an das Ministerium des Innern und legte neuerlich ihre Gründe dar. Insbesondere verwies sie darauf, daß das tschechoslowakische Staatsbürgerschaftsgesetz, das den Erwerb und den Verlust der Staatsbürgerschaft in der Tschechoslowakischen Republik neu regelt, erst mit dem Friedensvertrag von St. Germain, also fast zwei Jahre nach dem Umsturz in Kraft getreten ist und daß eben für die Zeit zwischen 28. Oktober 1918 und 16. Juli 1920, während welcher eine gesetzliche Regelung der Staatsbürgerschaftsverhältnisse nicht bestand, bezüglich der Anerkennung oder Nichtanerkennung der Heimats- und Staatsbürgerrechte Oesterreich und die Tschechoslowakei gewisse Vereinbarungen getroffen haben, die eben

im Brünnener Vertrag niedergelegt sind und die — auch wenn sie mit den später entstandenen Staatsbürgergesetzen im Widerspruch stünden — doch für die dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorangegangene Zeit hinsichtlich der Angehörigen der beiden Vertragsstaaten volle Rechtswirkung besitzen.

Das Ministerium des Innern schloß sich wohl dem grundsätzlichen Teile dieser Ausführungen an und sprach aus, daß tatsächlich im Sinne des Art. 3 des Brünnener Vertrages die von ehemaligen österreichischen Staatsbürgern bis 16. Juli 1920 in der Tschechoslowakei erlangte Anstellung als öffentlicher Beamter nicht nur mit der Erlangung des Heimatsrechtes, sondern auch mit der Erwerbung des Staatsbürgerrechtes verbunden war. Da aber die Beschwerdeführerin erst laut Bescheinigung vom 18. Mai 1921 ein „normales“ Definitivum erlangt habe, so könne die Bestimmung des Art. 3 des Brünnener Vertrages nicht auf sie bezogen werden.

Die Beamtin gab sich aber damit nicht zufrieden, sondern brachte dagegen die Beschwerde beim Obersten Verwaltungsgericht ein, die sie damit begründete, daß das vom Regierungskommissar bestätigte Definitivum ausdrücklich die Bestimmung enthalte, daß dann, wenn sie innerhalb von sechs Monaten, das ist bis Ende Mai 1919 ihre reversmäßige Verpflichtung nicht erfüllt, die mit der definitiven Anstellung verbundenen Rechte verloren gehen. Die im Mai 1921 ausgesetzte Bescheinigung konnte daher nur die Bedeutung haben, daß bestätigt wird, daß die Beamtin ihre vertragsmäßige Ver-

pflichtung erfüllt und die tschechische Sprache innerhalb der vorgeschriebenen Frist erlernt hat, d. h. daß das im November 1918 erordnete Definitivum mit diesem Zeitpunkt noch jeder Richtung hin rechtsgültig geworden ist und nicht mehr verloren gehen kann. Da dieser Zeitpunkt vor den 16. Juli 1920 fällt, so muß sie als in Brünn heimatsberechtigt und als tschechoslowakische Staatsbürgerin behandelt werden.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat die angefochtene Entscheidung als gesetzwidrig aufgehoben. In der Begründung schloß es sich vollständig den Beschwerdeführungen an und hob besonders hervor, daß der Zusatz in dem vom Regierungskommissar ausgestellten Dekrete betreffend die reversmäßige Verpflichtung zur Erlernung der tschechischen Sprache wohl einer aufhebenden Bedingung gleichkomme, jedoch die Entstehung des Rechtes (definitive Anstellung) nicht vorschreibe. Da die Nichterfüllung der auferlegten Verpflichtung gar nicht bestrafet wird, so konnte die mit Erlaß des Stadtrates vom 13. Mai 1921 ausgesetzte Bescheinigung, daß die Beschwerdeführerin seinerzeit erteilte Definitivum in ein unbedingtes übergebe, nur deklarative Bedeutung haben und aussprechen, daß das ursprünglich erteilte erste Definitivum weiterhin durch keine Bedingung mehr gebunden sei.

Diese Entscheidung hat nicht nur der Beschwerdeführerin die Existenz gerettet, sondern ist von allgemeiner Bedeutung, weshalb wir sie so ausführlich besprochen haben.

Der Kampf um den Arbeitsplatz.

Unerhörte Mißbräuche der Amtsgewalt über höheren Auftrag.

Die Abgeordneten Genossen Preger, Kaufmann, Joll und Genossen haben sich in einer Interpellation an die Regierung betreffend die Einmischung amtlicher Organe bei Verdrängung deutscher Arbeitsträfte vom Arbeitsplatz gewandt. In der Interpellation heißt es u. a.:

In der letzten Zeit konnte festgestellt werden, daß selbst amtliche Stellen die Privatindustrie beeinflussen und teils verdrängen, teils offen das Verlangen stellen, tschechische Arbeiter bei Aufnahmen und Entlassungen den deutschen Arbeitern gegenüber zu bevorzugen.

So haben amtliche Organe des Eisenbahnministeriums den nationalen Verhältnisschlüssel in der Staudinger Waggonfabrik zu Ungunsten der Deutschen umzuändern verstanden. Gleich den Organen des Eisenbahnministeriums gehen auch die amtlichen Organe der politischen Bezirksverwaltung in Freistadt vor, indem sie die Aufnahmen und Entlassungen vom nationalen Gesichtspunkte aus beeinflussen. Dieser Vorgang konnte in der letzten Zeit im Drahtwerk in Oberberg festgestellt werden. Als Beweis diene folgender Sachverhalt:

Als im Jahre 1922 in diesem Werke infolge des schlechten Geschäftsganges mehrere hundert Arbeiter entlassen wurden, kam zwischen der Betriebsleitung und der Organisation des internationalen Metallarbeiterverbandes im Beisein behördlicher Vertreter die mündliche Vereinbarung zustande, daß die Entlassenen bei Bedarf von Arbeitskräften als erste wieder eingestellt werden müssen. Von dieser Vereinbarung hatte auch der Leiter der Arbeitsvermittlungsstelle Herr Juriska in Oberberg Kenntnis, ohne sich daran zu halten. Dieser Mann versteht nicht die Aufgaben der Arbeitsvermittlungsstelle, arbeitslosen Menschen Arbeit zu vermitteln, sondern mißbraucht dieses Amt für Nationalisierungszwecke. Was aus der am 21. Februar 1924 an die Direktion des Oberberger Drahtwerkes gerichteten Zuschrift ersichtlich ist. Das Schreiben lautet:

„Zu Ihrer Anfrage vom 15. Februar 1924, Zl. Dr. R-Ba erlauben wir uns Nachstehendes mitzuteilen:

In letzter Zeit, hauptsächlich bei der Aufnahme von Hilfsarbeitern für Ihre Betriebe, sind Unzulänglichkeiten vorgekommen, die, wie Ihnen bekannt ist, Unzufriedenheiten in die Reihen eines bestimmten Teiles der Arbeitslosen in der hiesigen und den angrenzenden Gemeinden hervorgerufen haben. Es ist uns unbekannt, wer in der letzten Zeit von Ihnen aus der Arbeit entlassen wurde oder noch entlassen wird und wissen auch nicht, nach welchem Schlüssel die Entlassungen erfolgten. Laut Mitteilung des Herrn Schedulla hatte die Direktion resp. der Betriebsausschuss die Absicht, sich bei der Entlassung nach dem Maßstab der Nationalitäten zu richten, und zwar so, daß sich der Stand der in Ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter zufolge den nationalen Verhältnissen dieser Gemeinde nähert. Es ist hierorts unbekannt, ob dieser Vorgang eingehalten wurde.

Damit in Zukunft Vorwürfen, von welcher Seite immer, vorgebracht werden, sind wir gezwungen, auf das dringendste zu erfragen, daß bei der nächsten Arbeiteraufnahme in erster Reihe auf tschechische Arbeiter Rücksicht genommen wird, nachdem diese in Ihrem Unternehmen nicht im Einklang mit der Zahl beschäftigt sind, wie dies nach dem Nationalverhältnis unserer Gemeinde und dem der Nachbargemeinden zu erwarten wäre. Es ist daher im Interesse der Erhaltung der Ruhe gelegen, daß Sie das Untere, wenn mit einer eventuellen Wiederaufnahme nicht bindet, daher auch das Versprechen nicht geben darf, daß die Entlassenen bei einer Wiederaufnahme in erster Reihe berücksichtigt werden.

Das gefertigte Amt wird auf das gewissenhafteste dafür sorgen, damit das Nationalitätenverhältnis in Ihrem Betriebe sukzessive ausgeglichen wird.

Gleichzeitig bitten wir die Firma, und in dieser Hinsicht dadurch zu unterstützen, daß sie uns bei der Aufnahme jener Personen keine Schwierigkeiten bereitet, welche wir überweisen, so auch nicht jenen Personen den Vorzug gibt, welche unter Amt mit gutem Willen und im Interesse der Ortsbevölkerung in Ihre Betriebe nicht einstellen will oder kann, oder auf spätere Zeit vertreibt.

Jedenfalls müssen wir mitteilen, daß das hiesige Amt, auch wenn sich die Firma der Entlassenen gegenüber bezüglich der Wiederaufnahme mit einem Versprechen gebunden hätte, auf eine derartige Zulage keine Rücksicht nehmen wird, was wir zur Kenntnis zu nehmen bitten.“

Man findet also den Vorgang, daß man bei der Anstellung vom nationalen Gesichtspunkte ausgeht, als selbstverständlich und tut dies jetzt in aller Öffentlichkeit. So hat Herr Senator Lutek, gleichzeitig Vizepräsident der schlesischen Landesverwaltungscommission, anlässlich seiner Parteikonferenz offen einbekannt, daß die zu schaffende Landes-Arbeitsvermittlungsstelle tschechisierungszwecken zu dienen hat.

Dieser Vorgang ist ein offenkundiger Mißbrauch der Amtsgewalt aus nationalen und politischen Gründen und läßt den Schluß zu, daß der Leiter der Arbeitsvermittlungsstelle nicht aus eigenem, sondern über höherem Auftrag so gehandelt hat.

Die Direktion der Oberberger Drahtwerke scheint auch ohne Weisung das Bestreben zu haben, dem nationalen Verlangen zu entsprechen, so daß der Vorgang des amtes geradezu provozierend und aufreizend wirkt. Daß dem so ist, beweist die Tatsache, daß im Drahtwerk Oberberg am 1. Februar 1923 bloß 41 Tschechen, am 1. Jänner 1924 jedoch 198 und Anfang August bereits 316 Tschechen neu aufgenommen und beschäftigt wurden. Im August 1924 kam wiederum eine große Zahl der Arbeiter zur Entlassung und es wurde bei den Beratungen des Betriebsausschusses stimmeneinhellig, also auch mit den Stimmen der tschechischen Vertreter eine Vereinbarung über den nationalen Verhältnisschlüssel bei den Entlassungen erzielt. Auf Grund dieser Vereinbarung wurden die Verhandlungen durch die Vertreter der Arbeiterorganisationen bei der Generaldirektion in Brünn und der Direktion in Oberberg geführt und die zur Entlassung bestimmten Arbeitskräfte danach behandelt. Bis Ende August 1924 wurden 56 tschechische und 52 deutsche Arbeiter, am 13. September 55 tschechische und 53 deutsche Arbeiter, am 27. September 37 tschechische und 49 deutsche Arbeiter entlassen.

Unso bestreimender und auffällender muß es daher erscheinen, daß über höhere Weisung am 1. Oktober 1924 eine behördliche Kommission im Drahtwerk Oberberg erschien, um das nationale Unrecht, das an den tschechischen Arbeitern begangen sein soll, amtlich festzustellen. Diese behördliche Kommission bestand aus dem Beamten der politischen Bezirksverwaltung Freistadt Dr. Kulhanel, dem Polizeikommissar in Oberberg Dr. Müller und dem Leiter der Arbeitsvermittlungsstelle in Oberberg Juriska. Die Untersuchung selbst wurde vollständig einseitig und parteiisch durch Dr. Kulhanel vorgenommen. Der erwähnte Beamte nahm nur zu Protokoll, was von den tschechischen Arbeitern ausgesagt und als Befehle für die Bevorzugung deutscher Arbeiter angesehen werden kann. Er lehnte die Protokollierung der demgegenüber gemachten Einwendungen und Feststellungen der nichttschechischen Betriebsausschussmitglieder

der mit den ironischen Worten ab: „Ich habe keine Lust, in die Gehirnlaffen der Betriebsausschüsse zu blicken.“

Dieser unerhörte Vorgang eines unparteiisch sein wollenden Beamten und die Tatsache, daß er in das Protokoll nur die ihm passenden Aussagen aufnahm, alle Einwendungen und Richtigstellungen ablehnte, ebenso das gestellte Verlangen nach Ausfolgung einer Abschrift des verfaßten Protokolles verweigert hat, war der Anlaß, daß die nichttschechischen Vertreter die Unterschrift unter das Protokoll verweigerten.

Aus allen diesen Gründen sehen sich die Interpellanten zu der Anfrage genötigt:

Sind der Regierung die neuerlichen Vorgänge in der Staudinger Waggonfabrik bekannt? Ist es richtig, daß seitens amtlicher Organe solche Weisungen an die Direktion erlassen worden sind und wenn ja, was gedenkt die Regierung zu tun, um auch den deutschen Arbeitern und Angestellten ihren Arbeitsplatz zu sichern, auf dem sie als deutschsprechende tschechoslowakische Staatsbürger sicherlich Anspruch haben.

Ist der Regierung das unerhörte Vorgehen der politischen Bezirksverwaltung in Freistadt bekannt und ist sie darüber informiert, daß vom Ministerium des Innern solche Weisungen ergangen sind? Was gedenkt die Regierung zu tun, um solche Uebergriffe, die nur Erbitterung und Entdrängung wachrufen, zu verhindern und ist sie gewillt, den Beamten der politischen Bezirksverwaltung Freistadt Dr. Kulhanel für sein parteiisches Vorgehen zur Verantwortung zu ziehen?

Ist die Regierung bereit, zu veranlassen, daß der Leiter der Arbeitsvermittlung Oberberg, Herr Juriska, der sein Amt zu nationalen und politischen Zwecken mißbraucht, zur Verantwortung gezogen wird, damit solche unhaltbare Vorgänge sich nicht mehr ereignen können?

Tages-Memorien.

„Slyce.“

Von Erna Büsing.

Ein Feldherr hält seinen Einzug in die Stadt. Fröhnen Hauern von hohen Mästen oder hängen aus den Fenstern, Wechmuffel dröhnt flote Märsche in die Ohren und Mädchen streuen zarte, duftende Blumen, die unter Stiefelsohlen oder Pferdehufen, aber regelmäßig im Straßenlocher. Der Bürgermeister, schwarzbe und ehrfürchtig, hält von floggenungürtelter Tribüne herab eine Ansprache. Er feiert den Sieger und der Feldherr dankt hübscholl, indem er lässig die Hand an die Kopfbedeckung legt und die Augenwimpern senkt. Eine Menge, die ihre Schaulust befriedigen will, bildet die lebende Umwandlung. Weitab, wie dunkle Schatten, die hinterstoben. Die zerfetzten, verblutenden Leiber der Ihren waren die Mauer, die den Sieger schützten. Das Wort Sieg ist aus ihrem Lebenshaft geschriben. Ihr Todesröcheln wurde erstickt durch das Hurrageschrei der Ueberlebenden. Tränen haben ihre Wegspur übergebrannt in die Wangen der Trauernden. Ein kerzengerade und stolz, auf wach genährten und sorgfältig geputztem Pferd reitet der Feldherr. Die Orben blitzen, die weißen Handhufe leuchten weithin, die Uniform umschlupft prall gefundenes Fleisch, denn seinem eigenen Körper war er die Unversehrtheit schuldig, er, der Sieger, der da triumphiert, weil die Menschheit getrotzt.

Der reiche Kaufmann weigt im Verwaltungsgesamte ein. Es ist groß, wichtig in der Wirkung, damit es gewinnbringend von Reichtum und Macht Zeugnis ablegt. Für den reichen Kaufmann war der Weg ein mühsamer, um sein Ziel zu erreichen. Seinen gefährlichsten Konkurrenten ließ er verleunden, damit der gesellschaftlich unmöglich wurde. Er schickte Spione aus, um feindliche Geheimnisse erkunden zu lassen. Von seinem Kompanion, der in den schweren Jahren des krieglichen Verdienstes treu zu ihm hielt, trennte er sich weil der Dummkopf zu weich war und müßige Anwendungen hatte. Seinen schlecht besoldeten Buchhalter ließ er, der ne Vorzuschub gab, ins Gefängnis werfen, da der Unzulässige ihm ein paar Mark nahm, die er als Pflegegeld für sein todtrautes Kind bedurfte. Jertrowe, zerbrochene Menschenschicksale sind die Weisesten auf der Bahn des reichen Kaufmannes. Er freute sich über jede Brutalität in der Wirkung, sah er sie doch als Urkunde seines unbesiegbaren Siegerwillens an. Jetzt ist er am Ziel. Die Einweihungsfeier verläuft glanzvoll, die Damen der besten Gesellschaft entrollen in ihren kostbaren Kleidern alle weiblichen Reize. Eine Tischrede folgt der anderen, alles trinkt dem reichen Kaufmann zu, dem Sieger. Er erhebt sein Glas — und wenn es einen Teufel gibt, so sagt der jetzt ganz sicher Bruder zu ihm.

Der junge Mensch war hochtalentiert. Jede freie Stunde benutzte er zu seiner Weiterbildung. Seine Arbeitskollegen hielten viel auf ihn. Da trat der Unternehmer zu ihm und sagte er solle sein Sekretär werden, denn er kenne die Gesinnung seiner Kollegen, daher könne er bei den kommenden schweren Wirtschaftskämpfen dem Prinzipal gute Dienste leisten. Der Begabte mußte sich immer absondern. Man müsse die breite Masse als Sprungbrett benutzen. Wer im Strome der Allgemeinheit schwimme, ginge leicht unter. Der junge Mann aber redete sich hoch auf und sagte: „Ich bleibe bei den anderen.“ Da fand der Unternehmer heraus, daß er für den jungen Mann bedauerlicherweise keine Beschäftigung mehr habe. Da nahm der junge Mann ruhig seine Papiere und von dem triumphierenden Unternehmer schied ein — sieghafter Mensch.

Vor neuen Kämpfen.

Zum ersten Male seit langer Zeit ist der Preis der Lebensmittel wieder über 1000 gestiegen, der Oktoberhandelsindex verzeichnet die Ziffer von 1008. Das bedeutet, daß wir mehr als die zehnfache Vorkriegspreise für die Waren zu bezahlen haben. Da die Vorkriegslöhne im alten Österreich nicht überwältigend waren, wäre es kaum übertrieben, zu fordern, daß nunmehr auch der jährlichen Teuerung zehnfache Vorkriegslöhne entsprechen würden. Es ist nun sehr eigenartig, zu verfolgen, daß bei der Teuerung auf die volarisierte Krone keine Rücksicht genommen wird und die Preise einfach nach den Bedürfnissen der Landwirtschaft und der Industrie in die Höhe getrieben werden, daß man dagegen bei den Löhnen unentwogen mit der stabilisierten Krone paradiert und eine Erhöhung auf die volarisierte Vorkriegshöhe als ausreichend betrachtet. Jns Praktische übertragen, bedeutet das, daß die Teuerung die zehnfache, die Löhne dagegen bloß eine sechsfache Vorkriegshöhe erreichen. Daraus ergibt sich ein Unterschied von 40 Prozent und es sind mit anderen Worten die Existenzbedingungen der Arbeiter um fast die Hälfte verschlechtert worden.

Bürgerliche Volkswirtschaftler trösten sich damit, daß ein durch die Nachkriegsverhältnisse wirtschaftlich geschwächtes Volk nicht leben könne, wie es im Frieden gelebt hat, und daß eine Senkung des Lebensmittelpreises die natürliche Folge der Verarmung der Volkswirtschaft sein muß. Wie wollen dabei nicht davon reden, daß die Theorie nur für die breiten Volksmassen gilt, daß aus ihr keine logischen Folgerungen gezogen werden auf die Lebenshaltung der Besitzenden. Wir hören im Gegenteil ständige Klagen über die Erhöhung der Steuerlasten, obwohl ein Blick auf die Steuerrechnung der tschechoslowakischen Republik zeigt, daß der größte Steuerdruck keineswegs auf den Schultern der Besitzenden, sondern auf jenen der breiten Volksmassen ruht. Während die jährliche Belastung an direkten Steuern im Jahre 1923 pro Kopf der Bevölkerung 139.05 Kronen betrug, erreichte sie bei den indirekten Steuern die stattliche Höhe von 589.62 Kronen, unter Einschluß der autonomen Zuschläge, die weitere 544.18 Kronen erfordern, also 700 Prozent der direkten Steuern. Das bedeutet, daß der Konsument siebenmal so viel Steuern zahlt als der Produzent, und es bedeutet, daß die Unternehmungen höchstens 80 Prozent ihres Reingewinnes an Steuern bezahlen, der Konsument trotz zehnfacher Teuerung und sechsfacher Löhne sein Lebensniveau um 10 bis 15 Prozent heruntersinken muß, um die staatlichen und autonomen Steuern zu bezahlen.

Die tschechoslowakische ist ein prägnanter Industriestaat. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Industrie ist ununterbrochen. Während noch im Jahre 1909 von allen Berufstätigen 54.44 Prozent zur Landwirtschaft gehörten, während es im Jahre 1922 nur noch 39.56 Prozent, während 44.46 Prozent in Industrie und Handel beschäftigt waren. Die tschechoslowakische ist also ein harter industrieller Produzent. Ihre Abnahmefähigkeiten ins Ausland sind erschwerter, wo es sich nicht um eine Art von Monopolartikeln, beispielsweise Zucker, handelt. Wir sehen auch die immerwährenden Schwankungen im Außenhandel, bei denen immer nur dann eine gewisse Erhöhung der Ausfuhr zu verzeichnen ist, wenn bestimmte Zufälle den Export begünstigen. So hat die tschechoslowakische Metall- und Eisenindustrie an der Befehung des Ruhrgebietes profitiert, ebenso die Steinkohlenindustrie. Heute ist die Ausfuhr tschechoslowakischer Eisens nur nach Deutschland, sondern nach fast allen Staaten unterbunden, weil Deutschland als außerordentlich scharfer Konkurrent auf dem Weltmarkt auftritt und sein Eisen um etwa 50 Prozent der heute geltenden tschechoslowakischen Eisenpreise anbietet. Man mag von der Auffassung ausgehen, daß es sich um ein großzügiges Spekulationsmandat der deutschen Industrie handelt, die mit einem neuerlichen Fall der Markte rechnet und sich wie in Inflationszeiten die Mark im Inland schuldig bleibt, die aus dem Export gewonnenen Dollar und Pfunde im Ausland anlegt und dann die entwertete Mark leicht bezahlt. Diese Auffassung, die richtig oder falsch sein kann, ändert nichts an der Tatsache, daß unsere Industrie heute auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig ist, und wenn wir die Ziffer des Außenhandels verfolgen, so werden wir diese Tatsache bald bestätigt finden. Das Aktivum der Handelsbilanz ist von 5.4 Milliarden im Jahre 1922 auf 2.4 Milliarden im Jahre 1923 gesunken. Verfolgen wir die Ziffern der Handelsbilanz für das Jahr 1924, so sehen wir die unerkennbare Tendenz eines Sinkens der Ausfuhr, so daß im August ein Passivum von 110 Millionen, im September von 28 Millionen zu verzeichnen war. Die einzige Rettung des tschechoslowakischen Außenhandels, die dennoch eine Aktivität der Handelsbilanz ermöglicht, ist ausschließlich der Zucker, während die Industrieartikel immer weniger zu einer Verbesserung der Handelsbilanz beitragen.

Die mangelnde Aufnahmefähigkeit müßte dem Volkswirtschaftler Anlaß sein, die Ursachen der tschechoslowakischen Krise zu verfolgen. Sie ist zweifellos eine Produktions- und eine Absatzkrise.

Amsterdam und Moskau.

Briefwechsel zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam und dem Allrussischen Gewerkschaftsrat in Moskau.

(J. G. B.) Der Allrussische Gewerkschaftsrat hat in einem Brief vom 26. Juli einen Kongress vorgeschlagen, um zu einer Einigung zwischen Amsterdam und Moskau zu gelangen. Der Vorstand des J. G. B. erteilte daraufhin folgende Antwort:

Amsterdam, den 11. September 1924.

Werte Genossen!

Unsere Vorstandsbrief vom 11. September hat sich Ihrem Brief vom 26. Juli beschäftigt und uns beauftragt, folgendes zu erwidern:

Der Wunsch, die organisatorische Einheit der Gewerkschaftsbewegung, für deren Spaltung wir nicht verantwortlich sind, wieder herzustellen, hat uns stets befeuert und wir haben ihn auch wiederholt zum Ausdruck gebracht. Auch stimmen wir mit Ihnen darin überein, „daß der immer schärfere Kampf zwischen Arbeit und Kapital nur erfolgreich sein kann, wenn die Kräfte der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zusammengelassen werden und die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung hergestellt wird“.

Es ist indessen nicht zu verkennen, daß zwischen der Taktik, die von Ihnen und derjenigen, die von uns als grundlegend für die Gewerkschaftstätigkeit anerkannt wird, ein grundsätzlicher Gegensatz besteht, der über die Frage eines mehr oder minder radikalen Auftretens weit hinausgeht. Diese verschiedenartigen Auffassungen in Uebereinstimmung zu bringen, dürfte nicht ganz leicht sein, aber wir wollen es mit allen unseren Kräften versuchen.

Jedenfalls dürfte es nötig sein, bevor an die von Ihnen vorgeschlagene mündliche Verhandlung gedacht werden kann, schriftliche Unterlagen zu haben, die erkennen lassen, welche übereinstimmende Linie und welche gemeinsame Taktik möglich ist. Wir möchten Sie daher bitten, uns bestimmte schriftliche Vorschläge zu machen, damit wir beurteilen können, ob eine gemeinsame Grundlage gefunden werden kann.

Daß wir von unserm internationalen Gewerkschaftskongress in Wien (sogar unrisikorenen) Auftrag für eventuelle Einigungsverhandlungen haben, ist Ihnen bekannt, doch kann diese Frage vorläufig beiseite gestellt werden. Daß wir als Vorstand in dieser wichtigen Angelegenheit keine über den in Wien erhaltenen Auftrag hinausgehenden bindende Beschlüsse fassen können, ohne den Ausschuss und eventuell einen neuen internationalen Kongress zu befragen, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen.

Ihrer Antwort sehen wir gerne entgegen.

Mit Gruß

Der Vorstand des J. G. B.:

(w. g.) A. A. Purcell, Vorsitzender.

(w. g.) J. Dubegeest, Sekretär.

Ihre Aussagen äußern sich zunächst in der durch die Vollschub technisch vernünftigen Industrie, in der Steuerbelastung, die auf der Produktion in Form von indirekten Steuern liegt, in der mangelnden Konkurrenzfähigkeit im Ausland, die aus der technischen Unzulänglichkeit und der meist ungünstigen Standorte unserer Industrie erwächst, und schließlich in der geringen Kaufkraft der breiten Masse des Landes selbst. An den technischen Mängeln wollen die Industriellen nicht rühren, der Weg ins Ausland wird also der Industrie auch weiterhin versperrt bleiben. Man müßte somit trachten, die Produktionsbedingungen im Inland so zu gestalten, daß ein erhöhter Konsum möglich wäre. Die zwei Wege, die dazu führen, sind Verbilligung der Produktion und Erhöhung der Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten. Da die Verbilligung durch eine technische Verbesserung ausgeschlossen ist, bleibt nur die Reduktion der indirekten Produktionssteuern übrig, die jetzt ziemlich energisch in Angriff genommen wurde. Die Kohlensteuer, die außerordentlich drückend die Produktion belastete, ist auf ein Minimum reduziert und die tschechischen Sozialdemokraten haben nunmehr auch den Antrag auf ihre vollständige Beseitigung eingebracht. Der Ministerpräsident hat einer Deputation der Metallarbeiter zugesagt, daß die Kohlensteuer verschwinden soll. Es bleibt also nur noch die Umsatzsteuer, die, so drückend sie ist, im großen Maße dennoch die Industrie nicht in jenem Maße belastet wie die Kohlen- und Kohlensteuer. Die Möglichkeit einer Preisüberwälzung industrieller Artikel bestünde somit zweifellos. Wir sehen indessen, daß sie keineswegs ausgenutzt wird. Die für den Baubedarf nötigen Materialien sind beispielsweise im Preise nicht gesunken, während sie sogar gestiegen sind, während es in den meisten anderen Industrien. Da es dabei in der Summe um Milliardenbeträge geht, müßte sich die Preisreduktion überlich auch im Detail bemerkbar machen. Statt dessen verwenden die Produzenten und die Fachhändler die ersparten Beträge zur Erhöhung ihrer Gewinne.

Am 30. Oktober lief in Amsterdam folgende Antwort ein:

(J. G. B.) Zentraler Allrussischer Gewerkschaftsrat.

An den J. G. B., Amsterdam.

Moskau, den 23. Oktober 1924.

Werte Genossen!

Wir haben Ihren Brief vom 11. September am 20. September erhalten. Da das Präsidium des Zentralrates der Allrussischen Gewerkschaften erst am 23. Oktober zu einer Vollversammlung zusammengetreten ist, waren wir nicht in der Lage, Ihnen früher zu antworten.

Nicht ohne Benützung haben wir von Ihrer Mitteilung Kenntnis genommen, daß auch Sie die Herstellung der organisatorischen Einheit in der Gewerkschaftsbewegung anzustreben wünschen.

Es erscheint uns nicht am Platze, in diesem Schreiben auf Einzelheiten einzugehen und zu unterzuchen, welche von den beiden Parteien für die Spaltung innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung verantwortlich zu machen ist. Wir möchten lediglich feststellen, daß es in Wirklichkeit eine einheitliche, allumfassende und festgefügte internationale Gewerkschaftsbewegung bisher noch gar nicht gegeben hat.

Erst unsere gegenwärtigen und — so nehmen wir an — gemeinsamen Anstrengungen werden hoffentlich zur Beseitigung der Spaltungen führen.

Ihrem Wunsch nach etwas Schriftlichem, das als Grundlage für die kommenden Verhandlungen dienen könnte, kommen wir gerne nach.

Unsererseits sind wir bestrebt, sowohl national als auch international die Einheit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung herzustellen, d. h. wir trachten darnach, soweit es möglich ist, die größte Zusammenfassung aller Gewerkschaften herbeizuführen, sowohl der Organisation als auch des J. G. B. und der außerhalb jeder internationalen Körperschaft stehenden Organisationen. Bedingung ist dabei, daß diese alle als stehenden Organisationen das Prinzip des Klassenkampfes anerkennen.

Es ist wohl nicht nötig, zu begründen, weshalb wir nach dieser Einheit, dieser Allianz von Gewerkschaften mit wirklich antikapitalistischer Tendenz streben. Sie wissen so gut wie wir, daß die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung die wichtigste Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes sowohl gegen die Offensive des Kapitals als auch die faschistische Reaktion und die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung ist.

Das zweckmäßigste Mittel zur Schaffung der Einheit und zur Ermöglichung der Gründung einer einzigen Gewerkschafts-Internationalen ist nach unserer Ansicht die Einberufung eines gemeinsamen, allgemeinen Kongresses, eines Weltarbeiterkongresses. Ueber den Zeitpunkt der Abhaltung dieses Kongresses sowie den Ort läßt sich wohl während der Verhandlungen leicht ein Einvernehmen erzielen. Von Ihrer Ansicht, daß zwischen der Taktik, die von uns und derjenigen, die von Ihnen als grundlegend für die Gewerkschaftstätigkeit anerkannt wird, ein grundsätzlicher Gegensatz besteht, der über die Frage eines mehr oder minder radikalen Auftretens weit hinausgeht, haben wir zur Kenntnis genommen. Die Bedeu-

tung dieses Satzes ist uns nicht ganz klar. Diese Gegensätze zwischen uns sind in Tat und Wahrheit nichts Neues — sie haben schon während einer Reihe von Jahren bestanden und waren wahrscheinlich auch dem Wiener Kongress bekannt und wurden von ihm in Berücksichtigung gezogen. Selbstverständlich sind wir am gegebenen Ort und im gegebenen Augenblick gerne bereit, diese Meinungsverschiedenheiten, die uns von Ihnen trennen, in allen ihren Einzelheiten zu besprechen. Auf alle Fälle bestätigen wir mit Vergnügen die Tatsache, daß Sie, ganz abgesehen von den wirklich zwischen uns bestehenden Gegensätzen, den Wunsch hegen, alles zu tun, um eine gemeinsame Grundlage zu finden.

Da wir unsereits den gleichen Wunsch haben, stellen wir fest, daß die wichtigste Grundlage der Bestrebungen der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen nach unserer Ansicht die Erkenntnis des unüberbrückbaren Widerstands zwischen den Interessen der Arbeit und des Kapitals ist. Diese Erkenntnis macht einen Klassenkampf bis aufs Messer zwischen den Lohnsklaven und den kapitalistischen Klassen nötig, zur endgültigen Vernichtung des kapitalistischen Systems und zur Befreiung des Proletariats von kapitalistischer Unterdrückung und Ausbeutung sowie der Betrüger, des Parasitismus und der Sklaverei, die sie im Gefolge haben. Unsere Vorschläge lauten deshalb wie folgt: vollständige Aufgabe jeglicher Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie; gemeinsamer nationaler und internationaler Kampf der Arbeiter und ihrer Organisationen gegen das Weltkapital. Dank dieser Ziele kann auch die weitgehendste Verflechtung aller wirklich kampffähigen Arbeiterkreiseorganisationen in der Befreiung der Arbeiterklasse erzielt werden.

Wir erwarten Ihre Antwort und besonders Angaben darüber, wo nach Ihrer Ansicht die ersten Verhandlungen zwischen Ihnen und unsern Vertretern stattfinden könnten.

Obwohl wir auch bereit sind, den Briefwechsel über die Frage der Einheit, soweit sich dies als nötig erweist, fortzusetzen, scheint es uns jedoch zweckmäßiger und im Interesse der Sache, wenn durch einen ersten Meinungsaustausch, selbst wenn die Verhandlungen keinen irgendwie bindenden Charakter haben, der Weg für alle zukünftigen Schritte in der Richtung des Zieles, das wir verfolgen, geebnet würde.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Präsident des Zentralen Allrussischen Gewerkschaftsrates: Sj. Tomski.

Sekretär des Zentralen Allrussischen Gewerkschaftsrates: Sj. A. Dogodov.

Der Vorstand des J. G. B. wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Die Verluste der Gewerkschaftsbewegung im neuen englischen Parlament. Bei den Neuwahlen in England haben verschiedene bekannte Gewerkschafter ihre Sitze im Parlament verloren, so u. a. A. A. Purcell, der Präsident des J. G. B., Frank Hodges u. Ben Tillet. Dagegen sind zwei führende Gewerkschafter zum ersten Mal gewählt worden: J. Bromley, vom Verband der Lokomotivführer, und Ellen Wilkinson, Organisationsleiterin des Landesverbandes der Arbeiter in der Lebensmittelbranche. Die Vergleiche: eroberten 42 Sitze gegen 46 bei den letzten Wahlen.

Literatur.

Tätigkeit und Bestrebungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam in den Jahren 1922 bis 1924. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam. Kommissionsvertrieb für die tschechoslowakische: Ustredni Dedicke Antikvapceti, Podroba 7, Praha II., 392 Seiten, vier G. W. Das soeben erschienene Buch enthält den Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Jahre 1922—1924, mit ausführlicher dokumentarischer Darstellung der Verhandlungen über die „Einheitsfrage“ zwischen Amsterdam und Moskau und der Veruche der internationalen Gewerkschaftsbewegung, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas herbeizuführen; ferner die offiziellen Berichte über die Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz, die Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den internationalen Berufssekretariaten, den dritten ordentlichen internationalen Gewerkschaftskongress, alle drei in der Zeit vom 31. Mai bis 6. Juni 1924 in Wien abgehalten. Die auf dem Gewerkschaftskongress erstatteten schriftlichen Referate über organisatorische Beziehungen zwischen dem J. G. B. und den Berufssekretariaten von J. Dubegeest; die Internationale Sozialistengesellschaft von J. Dubegeest; die Stellung des J. G. B. in der internationalen Arbeiterbewegung, von J. Seipart; die Arbeiteraktion gegen Krieg und Militarismus von E. Jouhaux; der Abschlußbericht von C. Weertens, sind vollständig abgedruckt, ebenso die neuen Satzungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das Aktionsprogramm und die vom Kongress angenommenen Resolutionen. Dem Buche sind ebenfalls eine Anzahl Photographien beigefügt, das Papier ist ausnahmsweise gut. Das Buch, das wie kein zweites über die internationale Gewerkschaftsbewegung unterrichtet, ist für alle Arbeiter- und Arbeiterorganisationen, für Bibliotheken, Volkswirtschaftler usw. von großer Bedeutung.

Hier steht nun die moralische und wirtschaftliche Begründung für einen Lohnaufbau der Arbeiter ein. Lassen die Unternehmer die Möglichkeit der Verdickung der Preise, die sich ihnen in der Produktion bietet, ungenutzt vorübergehen, so eine Steigerung des Inflationsumsatzes verhin- dert, so müssen sie gezwungen werden, durch erhöhte Löhne die zum mindesten gleiche deude Konsummöglichkeit zu schaffen. Wichtiger als das Interesse einzelner Großbetriebe und Banken ist hier das Interesse der Volkswirtschaft als Ganzes des Landes. Das ohne ihn übertriebene Budget des Landes enthält eine Reihe von Verschrenanomenen für die Währung, die hier nur durch eine entsprechende Aktivität der Handelsbilanz ausgeglichen werden konnte. Wandelt sich die Aktivität der Handelsbilanz in ihr Gegenteil, so ist damit der Staat der einzigen Möglichkeit beraubt, im Interesse der Valuta stabilisierend einzugreifen. Der Kampf um die Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung ist also nicht nur eine Existenzfrage der Arbeiterschaft, sondern ebenso sehr eine solche der Währungsstabilität der Krone. Vermag der Staat mit seinen Machtquellen die Produzenten nicht zu einem Preisabbau zu zwingen, so muß er in seinem eigenen Interesse zum mindesten die Bestrebungen der Arbeiterschaft nach einer Erhöhung ihrer Löhne durch entsprechende Einflussnahme auf die Unternehmer fördern. Die übertriebene Aktivität der Handelsbilanz ist an sich schon ein Zeichen steigender Verengung des Volkes. Sinken infolge äußerer Einflüsse die Ziffern der Ausfuhr ohne daß die Ursache der starken Ausfuhr, die mangelnde Kaufkraft im Innern gehoben, ja, wenn sie sogar verstärkt wird, dann ist eine Verschärfung der Krise unausbleiblich. Sind die Unternehmer engstirnig genug, zu glauben, daß die Krise nur durch eine weitere Verengung des Volkes gehoben werden kann, so wird niemand die Arbeiterschaft hindern können, ihre Kraft zur Verwertung gewonnener volkswirtschaftlicher Erfahrungen auszuüben, sich im Interesse der Weiterbildung höhere Löhne zu erkämpfen.

Eingiehung der Ein- und 50-Kronen-Noten. In den nächsten Tagen soll eine Verordnung erscheinen, nach der die Ein- und 50-Kronen-Noten vom 15. Juli 1919 mit 31. Dezember 1924 auslaufen sollen, auf dem Gebiete der Republik gelegentlich Zahlungsmittel zu sein. Die Noten können nach dieser Zeit bis zum 31. Dezember 1926 beim Bankamt und bei dessen Filialen umgewechselt werden. Statt der Ein-Kronen-Noten befinden sich gegenwärtig 80 Millionen Metallkronen im Umlauf und die fünfzig sind durch andere ersetzt. Von den Ein-Kronen-Noten waren 12,5 Millionen, von den fünfzigern 800.000 Stück im Umlauf.

Auto und Lokomotive. Donnerstag, den 6. d. gegen 7 Uhr abends hat sich in Billin das Lastenauto des waghalsigen Arbeiter-Konsumvereines aus Raudorf in der Bahnhofstraße bei der Glasfabrik infolge des dichten Nebels verfahren und ist auf das Industriegeleise, welches nach dem Anna-Verta- und Amalia-III-Schachte führt, geraten. Als der Wagenführer merkte, daß er sich verfahren hatte und von der Straße abgekommen ist, schickte er den Begleitmann mit Licht voran, um festzustellen, wo sie sich befinden. Während dieser Zeit wurde eine Veranschaulichung vom Bahnhof abgelassen, um den genannten Jochen Wagen beizustellen. Der Begleitmann merkte rechtzeitig die Gefahr und rief dem Wagenführer zu, er möge sich sofort retten. Kaum hatte dieser das Auto verlassen, als auch schon der Zusammenstoß erfolgte. Der Anprall war so stark, daß das Auto vollständig unbrauchbar wurde. Es ist nur gut, daß es noch möglich war, daß Wagenführer und Begleitmann noch rechtzeitig der Gefahr entrinnen konnten, denn sonst wären sie zweifellos unter den Trümmern des Autos beerdet worden. Hauptverursacher ist, daß die Bahnschranken unmittelbar vor dem Unglück geöffnet waren. Ob alle Vorsichtsmaßnahmen von der Stationsleitung getroffen wurden, wird wohl die amtliche Untersuchung feststellen. Bemerkenswert ist nur, daß auf dieser Stelle wiederholt Unglücksfälle vorgekommen sind, dem auch schon Menschenleben zum Opfer fielen.

Eine furchtbare Statue bei einer Hochzeit. Aus Troppau wird uns berichtet: Ein Bursche aus Döbrik, der durch das Fehlen eines Auges keine Braut finden konnte, lernte endlich in Damadrau ein Mädchen kennen, die ihn nehmen wollte. Er wurde auch sofort der Tag für die Hochzeit festgesetzt. Das Mädchen aus Damadrau wurde jedoch von einem anderen Burschen geführt, ohne davon etwas zu wissen. Als dieser Bursche erfuhr, daß das Mädchen heiraten werde, wußte er den Entschluß, sich an ihrem Bräutigam zu rächen. Die Hochzeit fand nun dieser Tage in einem Hofsaal in Damadrau statt. Der nachgeratene junge Mann lauerte mit einem scharfgeschliffenen S-jonett vor dem Gasthause auf den glücklichen Bräutigam. Statt des Bräutigams trat jedoch der Onkel der Braut zuerst auf die Straße, dem der Bursche das S-jonett in den Bauch steck und diesen durchstößte aufschlitzte, so daß die Eingeweide hervorquollen. Der unglückliche Mann wurde sofort in des Spital nach Troppau überführt, wo er bald verschied. Der Mörder wurde verhaftet.

Rißbrand Minderjähriger. So wie die Schwurgerichtsperiode beim Egerer Kreisgerichte mit Rechtshilfeverhandlungen begonnen hatte, schloß sie auch mit zwei solchen Verhandlungen. Bezeichnend ist, daß insgesamt 14 Notzuchtsfälle zur Verhandlung kamen, daher mehr als andere Geseßesübertritten. Am Mittwoch vormittags wurde der Tagelöhner Anton Remet, 35 Jahre alt, nach Tachau verurteilt, der als Landstreicher herumzieht, wegen Notzucht an einem neunjährigen Mädchen zu sechs Jahren schwerem Kerker verurteilt. Die Höhe der Strafe findet ihre Begründung darin, daß Remet wegen der gleichen Delikte bereits mit Kerker in gleicher Höhe vorbestraft ist. Nachmittags wurde der 72 Jahre alte Ausgebirger Josef Garbauer in Buchsirin, der sich an einer 13 Jahre alten Schülerin, die bei seinem Sohne häusliche Arbeiten ver-

richtete, vergangen hatte, zu acht Monaten Kerker verurteilt.

Von Gewissensbissen in den Tod getrieben. Vor mehreren Monaten berichteten wir von einer furchtbaren Tragödie im Grabiner Hochwald in Schlesien, die später das dortige Landesgericht beschäftigte. Wie erinnerlich, erhielt vor Jahresfrist der Tischler Schiedel von einem Bekannten ein Jagdgewehr zum Polieren, das er dann in einer Winternacht im Walde ausproberte. Am folgenden Tage fand der Forstschilfe Dostal in einem Gebüsch ein totes Reh. Am selben Abend wurde dem Wildbiss unter Gendarmen-Aufsicht aufgelauert. Schiedel wand an diesem Tage in eine Nachbargemeinde gegangen. Auf dem Rückwege verrichtete er gerade in der Nähe des Gebüsches, in dem das Reh verborgen lag, seine Notdurft. Als er sich dem Gebüsch näherte, krachte ein Schuß. Schiedel fiel schwer verletzt zu Boden. Der Forstschilfe sah jedoch Schiedel in der Winterfalte hilflos liegen, bis dieser von Unbekannten in eine Waldmühle und von dort in das Troppauer Spital überführt wurde, wo man ihm das angelegte Bein abnehmen mußte. Schiedel hatte sich trotzdem noch wegen Diebstahls zu verantworten, da er von der Forstverwaltung beschuldigt wurde, das Reh geschossen zu haben, das er sich am Abend holen wollte, wobei er eben von dem jungen Forstschilfe Dostal ohne Grund niedergelassen wurde. Wie nun gemeldet wird, hat sich Dostal, von Gewissensbissen getrieben, den Schiedel zu einem Krüppel geschossen zu haben, durch einen Gewehrerschuß selbst entleibt. Schiedel will jetzt die Forstverwaltung auf Schadenersatz für die verlorene Erwerbsfähigkeit klagen.

Selbstmord vor der Verhaftung. Gestern früh wurde der Inzassit der Prager elektrischen Unternehmungen Benzel Plechaz aus Weinberge wegen des Verdachtes der Veruntreuung des Sicherheitsdepartement vorgeführt. Als er in das Gebäude trat, bat er, auf das Klosett gehen zu dürfen. Seiner Bitte wurde willfahrt. Auf dem Klosett machte er durch einen Revolvererschuß in den Kopf seinem Leben ein Ende.

Vom Starkstrom getötet. Der 24jährige Arbeiter E. A. Günther war in der Messerfabrik Jos. Köblers Söhne in Rixdorf damit beschäftigt, die Senkgrube austreten zu helfen. Hierbei glitt er aus und drohte in den Bach zu stürzen. Er suchte sich an dem Leitungsdrahte des Lichtableiters festzuhalten. Dabei wurde er vom elektrischen Strom getroffen und war sofort tot. Die Leitung des Lichtableiters ist nämlich an dieser Stelle mit dem elektrischen Transformator verbunden und es dürfte durch einen Materialschaden Kurzschluß entstanden sein.

Austausch neuer Brandstifter in Südböhmen. Wie aus Budweis gemeldet wird, brach Sonntag nachmittags auf dem zwischen Chlumetz und Frauenberg liegenden Schwarzenbergischen Wirtschaftshof Stit ein Brand aus, dem ein großer Teil der Wohngebäude, sämtliche Stallungen, Schuppen und Scheunen sowie große Vorräte zum Opfer fielen. Da die Flammen gleichzeitig an zwei Stellen ausloderten und die Telefonleitung zerstört wurde, so daß das Herbeirufen von Hilfe sehr erschwert war, ist anzunehmen, daß der Brand gelegt wurde. Während der Feuerwehren mit dem Löschern beschäftigt waren, erhielten sie Nachricht, daß im Retolitzer Gebiet ein Rekrut in Flammen stehe. An demselben Tage war auch ein dem Landwirte Kawata in Hadelhof gehöriger Strohschuber in Brand gesteckt worden.

Was einer, der es wissen muß, erzählt. Der Großadmiral und deutschnationale Reichstagskandidat Tirpitz läßt bekanntlich rechtzeitig vor der Wahl zwei neue Bände voller Dokumente los, die unter dem Titel „Der Aufbau der deutschen Weltmacht“ seine Flottenpolitik rechtfertigen sollen und zu diesem Zwecke nicht nur seine damaligen Rivalen, sondern auch Wilhelm den

Die Hölle der Sträflinge.

Not und Elend, Verwahrlosung und üble Gewohnheiten, Bier und Haschisch, hemmungsloses Trichleben und ungestillte Leidenschaften, übermäßiger Rechtschleismus und halsstarrige Gradlinigkeit, psychische Degeneration und Gefühlslosigkeit — wer mag alle Ursachen nennen, die den Menschen zum Verbrecher machen! Ist er aber erst dazu geworden, dann beginnt das Verbrechen von Staat und Gesellschaft an ihm — ein um so schlimmeres Verbrechen, als es im vollen Bewußtsein, unter Ausnutzung des gesamten Machtapparates vor sich geht. Der Verbrecher wird fast für vogelfrei erklärt.

Die Humanität des zwanzigsten Jahrhunderts wird allein schon durch die Lebenslage der ungeheuren Masse der Unbemittelten lägen gestraft. Ihre Lebensverhältnisse sind objektiv grauam. Manchmal tritt aber Grausamkeit als System auf, als Prinzip — sie sucht ihre Opfer unter endgültig Qualifizierten, den Verbrechern, den willenlos gewordenen Opfern der gerichtlichen Strafe. Die Humanisierung des Strafvollzuges ist zwar zu einem gewissen Teile bereits verwirklicht. Ihr Gedanke ist im Fortschreiten begriffen. Ihre Berechtigungen und Verwendung sind anerkannt. Aber neben ernstlichen Absichten, die die Vermenslichung des Strafvollzuges zum Ziele haben, steht man immer noch auf Schritt und Tritt auf Reste mittelalterlicher Folter, besonders in psychischer Hinsicht. Als die gräßlichsten unter den verurteilten Verbrechen des zwanzigsten Jahrhunderts, die unserer gesamten Kultur ins Gesicht schlagen, können wohl die französischen Strafkolonien in Neu-Guayana gelten. Sie verdanken ihre Entstehung zweierlei Ursachen: der Notwendigkeit, die

heimischen, französischen Gefängnisse zu entlasten, und dem Wunsch, die Kolonien äußerst gefährlichen Kolonien urbar und bewohnbar zu machen. Für dies Werk waren die Verbrecher gerade gut genug. So nahm im Jahre 1851 die Deportation ihren Anfang: durch jahrelange, selbst lebenslängliche Verbannung der Sträflinge sollte das Mutterland von verbrecherischen Elementen befreit werden. Zu Beginn wurden nur Hochverräter deportiert, bald folgten ihnen auch die schweren, gemeinen Verbrecher, schließlich selbst die rüdfälligen Diebe, die zu Zuchthausstrafen verurteilt waren. Die Gefängnisse der Strafkolonien nannte man Bagno — nach den großen Gefängnissen in den Hafenstädten Frankreichs. Das Bagno war dem Marineminister unterstellt, vermutlich, weil der als bester Fachmann für den Strafvollzug galt. Der kolonialistische Erfolg der Deportation ist gleich null gewesen, der moralische Mißerfolg aber stellt eins der traurigsten Kapitel menschlicher Verirrungen dar.

Es ist das Verdienst des französischen Journalisten Albert Londres, eine Forschungsreise — fast möchte man sagen: Entdeckungsbildung — in diese Kolonien unternommen zu haben. Was er der Welt offenbart hat, ist nur für starke Nerven berechnet. Es ist schade, daß das, was er gesehen hat, nicht im Film festgehalten worden ist — es hätte so manchen modernen Menschenfreierfilm weit in den Schatten gestellt. Londres fand Menschen vor, die längst ausgehöhrt hatten, sich noch als Menschen zu fühlen, und schon jede Hoffnung aufgegeben hatten, je wieder in die menschliche Gesellschaft zurückzukehren. Wer dort in geschlossenen Räumen seine Strafe verbüßt, verkommt in Schmutz, stinkiger Luft, Kaster und Korienenspiel. Man mordet auch im Gefängnis einander hin, nicht selten aus Eifersucht. Wer mit Straßenbau beschäftigt ist, hat

Zweiten gar nicht künftiglich behandeln. Der Kaiser wird (in Briefen) mehrfach als entschuldigend geschilbert, er sei schwer „bei der Stange zu halten“. Aber weit schlimmeres wird ihm nachgesagt. Im April 1913 war Ribbmann (damals Botschaftsrat in London) „bestürzt zu bösen, daß wir uns ganz plötzlich, ansehend auf allerhöchsten Wink, zum eifrigen Fürsprecher der griechischen Wünsche bezüglich der südalbaniischen Grenze gemacht hätten“. Die Erläuterung gibt ein Brief des damaligen Botschafters in Konstantinopel Freiherrn v. Wangenheim an das auswärtige Amt:

„Die kaiserlichen Pläne entspringen nur dem Wunsch, den Korpus beliebig umgestört genießen zu können. Dieser Wunsch bestrahlt alles. Die dynastischen Ideen mit der griechischen Königsfamilie, die früher gar nicht bestanden — im Gegenteil — sind nur Reflexe davon. In Korfu werden ihm potemkinsche Dörfer vorgeführt, dort sieht er gepuzte Menschen, singierten Wohlstand (alles das wird mit 300—400.000 Franken für ihn bereit) und glaubt — will vielmehr glauben —, daß dies „Griechenland“ ist.“

Um also Korfu „umgestört genießen“ zu können, erwog Wilhelm der Zweite eine völlige Umstellung der deutschen Orientpolitik, durch die die Türkei abgestoßen werden sollte!

Schwarzweiß-rote Nachtwächter gesucht. Unser Nürnbergger Bräuderbatt ist in der Lage folgenden „treudeutschen“ Ausruf zu veröffentlichen:

An alle Deutschgesinnten!
Zum persönlichen Schutz der Angehörigen der vaterländischen Verbände und deren Eigentum hat sich zur Abwehr eventueller Ueberrfälle eine deutsche Nachtschwache gebildet.

Der Wachdienst wird von zuverlässigen treudeutschen Leuten aus Wehrverbänden von nachts 10 Uhr bis morgens 5 Uhr zu Fuß und zu Rad ausgeführt.

Zur Deckung der Unkosten werden am 1. und 15. jeden Monats von den Grundbesitzern Mk. —30 pro Nacht und von den übrigen Verschickerten Mk. —15 pro Nacht als Gebühr eingezogen.

In der Erwartung, daß diese Einrichtung einem seit langer Zeit bestehenden Bedürfnis Rechnung trägt, erbittet rege Anteilnahme und zeichnet

mit treudeutschem Gruß!
Deutsche Nachtschwache Argus, Nürnberg
Geschäftsstelle Tiergartenstraße 2
Telephon 4911.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß dieses neue Unternehmen der staatlichen Polizei Konkurrenz machen will. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß hier auf dem Wege über die Schwarzweiß-rote Nachtwache wieder eine illegale bewaffnete Organisation geschaffen werden soll, die das Licht des Tages zu scheuen hat.

Hilfer-Schnigel mit Ludendorff-Rohr gefällig? Ostpreußens traditionelle Nationalgerichte, Kuttelfleisch und Graue Erbsen, sind von bayerischer Invasion bedroht. Schon prangt auf der Speisekarte der „Gerichtshalle“ in Tilsit ein — Hilfer-Schnigel. Wenn sich noch Ludendorff-Rohr dazu gesellt (an dem es ja nie mangeln kann), dann kann der ostpreußische Magen fröhlich Hurra rülpfen.

Eine Rekordleistung. In knapp fünfzehn Stunden haben sechzig Arbeiter unter der Leitung von einigen Ingenieuren das Unterstück fertig gebracht, eine alte Eisenbahnbrücke, die zwischen London und Cambridge den Verkehr überspannt, abzutragen und an ihrer Stelle eine neue Brücke aus Eisenkonstruktion zu montieren.

statt der fäulnis Eiterstümpfe, ist einfach von Moskitos zernagt, wird von Malaria geschüttelt, ohne daß jemand daran denkt, ihm das rettende Chinin zu verabreichen. Makelamente fehlen. Wer sich gegen die Ordnungsvorschriften vergeht, kommt für lange Wochen in Dunkelzelle, wird für Monate auf Wasser und Brot gesetzt. Die Frei gelassenen sterben Hungers, weil sie keine Arbeit finden, und schnehen sich dann sogar noch in die Hölle des Bagno zurück. Die Phantasie reicht kaum aus, um sich die Qualen und die Seelenpein all der Ausfägigen, Blinden, Krüppel und sonstigen — gleich Dreyfus — auf der Teufelsinsel Internierten vorzustellen. Wer es nur ermöglichen kann, ergreift die Flucht, trotz der Gefahr, von Haifischen aufgefressen zu werden. Diesen gierigen Tieren gemigen noch nicht die Leichen der in der Gefangenschaft gestorbenen Häftlinge, die hier nicht begraben, sondern ins Wasser geworfen werden.

Die Schilderung von Londres hatten die Einsetzung einer Kommission zur Folge, die sich mit der Frage der Reformierung oder Aufhebung dieser Strafkolonien befaßten sollte. Ob es wohl in der Strafkolonie Neu-Caledonien, in der Südsee, besser aussieht? Jedenfalls hat Londres auch noch die Mittärgefängnisse in Afrika besucht — C-Bord und Sidi-Mussah — und was er hier gesehen hat, scheint die Zustände in Neu-Guayana sogar noch zu übertreffen. Er verlangt, daß sämtliche Unteroffiziere dieser Strafkolonien aus dem Heere ausgestoßen werden sollten. Die Gefangenen greifen auch hier zur Selbstverwirklichung, um nicht die furchtbaren Zwangsarbeiten ausführen zu müssen und wenigstens am Leben zu bleiben. Es ist beschämend und geradezu ungeheuerlich, daß es erst des Besuches eines Journalisten bedurfte, um überhaupt die Behörden auf die unmenschlichen Zustände in diesen Gefängnissen aufmerksam zu machen.

Dank dieser schnellen Arbeit konnte die neue Brücke, mit deren Aufbau nach Witternacht begonnen wurde, schon am Nachmittag des folgenden Tages dem Verkehr übergeben werden.

Brand einer Kaserne. Gestern früh entstand auf der Kaserne der Jache „Mont Genis“ bei Solingen ein Brand, und zwar durch die Explosion eines Benzolbehälters. Ganz Solingen ist in Qualm eingehüllt. Zwei Mann wurden schwer und sieben leicht verletzt. Der Versuch der herbeigeleiteten Feuerwehr, das Feuer zu dämmen, mußte wegen des ausgelaufenen Benzols, das vor-aussichtlich noch stundenlang brennen wird, vorläufig aufgegeben werden.

Furchtbarer Kindesmord. Als am letzten Samstag einige Mitglieder des Verbandes der steirischen Höhlenforscher vom Schödel in Steiermark abwärts stiegen, entdeckten sie in dem ungefähr zehn Minuten vom Stubenbergshaus entfernten Wetterloch die Leiche eines circa 14 Tage alten Knaben. Der Körper des Kindes war von normaler, kräftiger Konstitution und zeigte keinerlei Gewaltspuren. Der Tod dürfte vor circa fünf Tagen eingetreten sein. Schon am nächsten Tage wurde in Rabegund die 22 Jahre alte Hausgehilfin Johanna Herzhofner als die Kindesmörderin verhaftet. Das Mädchen hatte am 12. Oktober in der Gebärtklinik des Grazer Landeskrankenhauses einem Knaben das Leben geschenkt. Am 25. Oktober wurde die junge Mutter samt dem Kinde aus dem Krankenhaus entlassen. Sie begab sich mit dem Kinde auf den Schödel zum Wetterloch, band das Kind an einen etwa fünf Kilogramm schweren Stein und warf es lebend in die etwa 15 Meter tiefe Höhle. Die junge Kindesmörderin wurde dem Gerichte eingeliefert.

Wölfe im europäischen Rußland. Die nach dem Weltkrieg beobachtete rapide Ausbreitung der Raubtiere, besonders der Wölfe, von Rußisch-Asien nach dem europäischen Rußland fängt an, in der russischen Presse das Thema für eine stehende Rubrik zu werden. In der Sowjetrepublik der Tataren in Nordostsibirien bei Kasan wird der Schaden, den die Wölfe den Viehherden in diesem Jahre zugefügt haben, mit einer halben Million Goldrubel berechnet. Die Tataren bilden jetzt große Jäger-Brigaden, um die Wölfe auszurotten, da man befürchtet, daß sie im Winter noch Zug aus den Ural-Wäldern erhalten werden.

Wetterübersicht vom 7. November. Die Druckverteilung bleibt im ganzen unverändert; ein Hochdruckgebiet (über 775 Millimeter) liegt über den britischen Inseln. Nordosteuropa bedeckt eine Depression, an deren Westseite Randstörungen über Skandinavien hinweg gegen Mitteleuropa ziehen. Eine von ihnen hat am Donnerstag und in der Nacht auf Freitag vorläufig in den westlichen Teilen der Republik eine zunehmende Bewölkung und leichte Erwärmung gebracht. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauern der günstigen Witterung.

Die Tragödie einer Ehe.

Weil die Frau mehr verdient als der Mann, soll die Ehe geschieden werden.

Bisher ungebrauchlich dürfte der Grund sein, der für den Zusammenbruch des Familienlebens von Herrn und Frau Elias Cowan in New York geltend gemacht wurde, als der Scheidungsprozeß, den die Frau gegen ihren Gatten anhängig gemacht hatte, seinen Anfang nahm. Die Frau behauptete nämlich, ihr Eheglück sei an der Tatsache zugrunde gegangen, daß sie im Laufe der letzten vergangenen zehn Jahre mehr als 200.000 Dollar verdient hatte, während ihr Mann niemals instande gewesen sei, mehr als 40 Dollar die Woche zu verdienen. Er verließ sie letztes Jahr, wie sie erklärte, nachdem er mehrere Jahre vorher wieder mit ihr noch mit seinem Sohn Elias Cowan ein Wort gesprochen hatte.

Die Cowans verheirateten sich im Jahre 1901. Cowan verdiente damals, als er Franz Galinkin zum Traualtar führte, als Schneider 18 Dollar die Woche, und ba sein Verdienst nicht hinreichte, um alle Ausgaben des Haushaltes zu bestreiten, nahm die junge Frau Näharbeiten an. Sie hatte Glück, und im Jahre 1917 verdiente sie schon 50 Dollar die Woche und ihr Mann 20 Dollar. Der finanzielle Aufstieg der Frau, über den sich wahrscheinlich ein anderer Mann gestreut haben würde, löste augenblicklich in Cowan ein Gefühl der Eifersucht aus, und der Gedanke zehrte an ihm, daß er als Mann viel weniger verdiene als seine Frau. Unterdessen war es der Frau gelungen, ein prosperierendes Geschäft zur Anfertigung von Damenkleidern sich aufzubauen, und sie konnte schließlich die Arbeit ohne Beistand nicht mehr bewältigen und stellte vier weitere Schneiderinnen ein. Sie war nun in der Lage, ihrem Sohne eine gute Erziehung angedeihen zu lassen und ließ ihn die Universität Pennsylvania besuchen, von welcher er letzten Juni graduierte.

Frau Cowan sagte im Gericht aus, ihr Mann habe nicht mehr mit ihr gesprochen, nachdem sie mehrere Häuser gekauft hatte, und habe erklärt, er wolle mit ihr nichts mehr zu tun haben, es sei denn, sie höre auf, mehr Geld zu verdienen als er selbst zu verdienen instande sei. Sie erwiderte hierauf, sie würde auch in Zukunft fortfahren, so viel zu verdienen, wie nur irgend möglich, um ihrem Sohne eine gute Erziehung zu geben.

Daraufhin habe ihr Mann sie verlassen, und er wohne gegenwärtig irgendwo in Newark. Letztes Frühjahr, sagte sie, verkaufte sie eins der Häuser, und ihr Mann habe so heftig dagegen protestiert, daß sie ihm um des Friedens willen 10.000 Dollar gab. Er habe dann aufgehört zu arbeiten und lebe seitdem von diesem Gelde.

Der Richter wies die Anwälte der beiden Parteien an, ihre Argumente schriftlich zu unterbreiten.

Humor.

Die lackierte Großmutter. Viel beachtet wird in Dresden ein Vorfahr, der sich dieser Tage dort ereignet. Als der Inhaber eines großen Drogeschäfts abends in seiner Wohnung saß, wurde die Hausdiele durch den Sturz eines Kleinen in den Raum des jungen Mann, der den Drogeschäfts Inhaber um Hilfe bittet. Der junge Mann hatte sich ein Fahrrad gekauft und, um es zu lackieren, auch eine große Flasche Lack, die er, nachdem er sein Fahrrad verpackt hatte, ins Badezimmer gestellt hatte. Dort stand auf demselben Schrank eine Flasche mit Nadelnadeln. Abends will die störrische Großmutter ein Nadelnadelbad nehmen, begibt sich ins Badezimmer, greift nach der Flasche und greift statt der Nadelnadeln die — Lackflasche. Sie gießt den Inhalt in das Wasser und steigt seelenvergnügt in die Badewanne. Wenn auch der Nadelnadelnextrakt eine ziemlich fleckige Flüssigkeit ist, so ist jedoch der schwarze Lack eine mehr als würdige Nebenbuhlerin des Extrakts. Zu ihrem großen Schrecken entstieg die Großmutter am ganzen Körper schwarz lackiert dem Bade. Kein Abwaschen, kein Benzol hilft. Der Terpentingehalt des Drogisten und der gute Rat, noch recht heiß nachzuwaschen, dürften wohl erst der lackierten Großmutter wieder zur normalen Hautfarbe eines Europäers verhelfen.

Fatales Mißverständnis. Frau Major v. A. hat sich als Reiseleiterin den Roman von Dostojewski „Der Idiot“ mitgenommen. Eines Tages fragt sie den Oberkellner des Hotels: „Sagen Sie mal, Herr Ober, haben Sie keine Ahnung, wohin mein Idiot geraten ist?“ Darauf erfolgt die Antwort: „Wenn ich nicht irre, gnädige Frau, befindet sich der Herr Major im Billardzimmer.“

Massenflucht aus einem russischen Zuchthaus. Aus dem Zuchthaus in Rshew in Sowjetrußland sind elf Gefangene entflohen, nachdem sie einen Wächter getötet und die anderen gefesselt hatten. Sie haben die Gewehre und Revolver der Wache mit sich genommen. Man befürchtet, daß sie die Zahl der Banden vergrößern werden, von deren Ueberfällen und Raubzügen die Moskauer Presse fast täglich zu berichten hat.

Volkswirtschaft.

Die Gewerkschaftsfrage auf dem kommunistischen Parteitag.

Wie die anderen strittigen Fragen, die der kommunistische Parteitag in Beratung zog, hat er auch den Streit über die Form der Gewerkschaften, der innerhalb der kommunistischen Partei nicht beendet werden konnte, auch hier wurde ein faules Kompromiß geschlossen. Die angenommene Resolution ermahnt jeder Partei.

In der Stellung der Kommunisten zu den Gewerkschaften handelt es sich vorwiegend um drei Probleme: die nationale Frage, die Frage, ob die Kommunisten in den bisherigen Gewerkschaften bleiben oder eigene Gewerkschaften errichten sollen und schließlich um die Frage der Einheitsfront.

Die nationale Frage: Diese ist besonders brennend in der Textilbranche. Während die aus der deutschen Union der Textilarbeiter ausgeschleierten Mitglieder der sogenannten Sektion der Textilarbeiter in Reichensberg angehören, sind die aus der tschechischen Textilarbeiterverbänden ausgeschleierten Kommunisten im Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband organisiert. Die Verhandlungen zwischen den beiden kommunistischen Verbänden wegen Verschmelzung gehen sich jahrelang hin und obwohl der letzte Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau die Vereinigung dekretiert hat, ist diese noch immer nicht durchgeführt. Es scheint, daß es dem Parteitag nicht gelungen ist, diese Verschmelzung durchzuführen, denn in der Resolution heißt es: „Die Parteizentrale hat gegen jene Genossen, welche die Verschmelzung verweigern, mit disziplinarischen Mitteln vorzugehen.“ Die Abneigung der Führer der Textilarbeitersektion gegen den Prager Internationalen Allgewerkschaftlichen Verband ist also so groß, daß man ihnen mit disziplinarischen Mitteln drehen muß, um sie fester zu machen. Auch auf die Frage, ob die Kommunisten in

den sogenannten „reformistischen“ Verbänden bleiben oder eigene „revolutionäre“ Verbände schaffen sollen, gibt die Resolution keine klare Antwort. Einerseits heißt es: „Die Parteien aller Verbände des Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes bei der Gewinnung von Interessenten für seine Industrieabteilungen alleseitige Hilfe zukommen lassen“, andererseits wird gesagt: „Die einzelnen Parteimitglieder und die sympathisierenden Mitglieder der reformistischen Gewerkschaftsverbände haben kein Recht, diese Verbände zu verlassen“. So marschieren also die Kommunisten gewerkschaftlich weiter auf einem Doppelpfad und insbesondere die indifferenten Arbeiter, die mit den Kommunisten sympathisieren, ohne hundertprozentige Moskauer zu sein, werden nicht wissen, was sie tun sollen.

Auch in der Frage der Einheitsfront wollen die Kommunisten nicht Farbe bekennen. Einmal predigen sie das gewerkschaftliche Zusammengehen mit allen Arbeitern und verlangen „maximale Aktionsfreiheit“, andererseits wollen sie die „reinen“ Formen der Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Genossenschaften usw.) beherrschen. Daß die Kommunisten die gewerkschaftliche Einheitsfront dadurch herstellen, daß ihren die Arbeiter aller anderen Parteien zulaufen, werden sie wohl selbst nicht glauben. We die Entwicklung lehrte, wird eher das Gegenteil eintreten. So bietet die kommunistische Partei auch in der Gewerkschaftsfrage ein völlig geschlossenes Gesicht. Die Auflösungserscheinungen der tschechoslowakischen Sektion der Dritten Internationale immer mehr hervor.

Die Streikbewegung in der Textilindustrie. Zu dem gestrigen Bericht über die Lohn- und Streikbewegung in der Textilindustrie stellen wir fest, daß der Streik in Schönbund am 8. November in Grassitz am 4. November und in Liebauthal am 5. November ausgebrochen ist.

Produktenbörse. (Offizieller Bericht.) Prag, 7. November. Die Börse war heute schwächer besucht, der Markt war unsicher und fast ohne Verkehr. Die höheren amerikanischen Preise der letzten Tage hatten zur Folge, daß die Produzenten höhere Preise verlangten, welche jedoch von den Käufern nicht bezahlt wurden, da diese vermuten, daß die amerikanische Steigerung nicht auf realer Basis beruht und nicht von langer Dauer sein wird. Der nominelle Preis des Weizens entspricht dem dienstägigen, Roggen ist ungefähr um 2/3 fester, Gerste ohne Käufer, Hafer unverändert. Wehl, Reis, Kaffee, Hülsenfrüchte und Schmalz sind unverändert. Mais ist fest. Hanf und Stroh unverändert, ebenso Samen. In Alee machte sich eher schwächere Tendenz bemerkbar, Senf war dagegen fester. Es notierten in K: Weizen amer. Hard Winter II 220 ab Teischen, Weizen 195 bis 206 ab Prag, Roggen 192.50—202.50 ab Prag, amer. 200—202 ab Teischen, Gerste Ia 250—255 ab Prag, Hafer nah 150—158, weißer 155—158 ab Prag, Mais La Plata 173 ab Teischen, Industrieartoffel 38—42, Speisefartoffel 48—52 ab Station, Kraut 22—24 ab Pardubitz Senf 4 bis 4.75, ungarische Meie 108 ab Wien, deutsche 108 ab Teischen, böhmische 115—120, amerikanisches Fett 16.75—16.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

NewYork 100 St	Dollar 2.98.25
Zürich 100	Schweiz. Frank 15.45.00
Berlin 1	Mark 125.100.000.000
Wien 1	östr. Kronen 2.119.00

Prager Kurse am 7. November.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1358.00 00	1892.00 00
1 Billion Mark	8.098.24	8.13 92
100 belg. Francs	164.78 01	164.25 00
100 schweiz. Franc	957.00 00	958.00 00
1 Pfund Sterling	185 0 00	184 45 00
100 Yre	147.15 00	148.65 00
1 Dollar	88.95 00	81.25 00
100 franz. Francs	178.37 50	179.87 50
100 Dinar	49.21 00	49.71 00
10.000 ungar. Kronen	4.28 25	4.78 25
100 poln. Zloty	651.75 00	657.75 00
10.000 östr. Kronen	4.89 50	4.89 50

In Miltons England jedoch waren Alles und Neues einander eben erst im Gewand des Katholizismus und der Reformation gegenübergerichtet, und als nach dem Tode der Königin Elisabeth die Herrscher aus dem Hause Stuart, Jakob I. († 1625) und Karl I. (hingerichtet 1649), die Reaktion unter verstedt katholischen Banner heraufzuführen wollten, sammelten sich die Männer der Freiheit und Unabhängigkeit ebenfalls im Zeichen der Religion, der Puritanismus wurde das Sammelbecken der Revolutionäre. Was die Zeit an politische Leidenschaft, an entschlossenem und folgerichtigem Denken aufbringen konnte, das flammte in den Streitschriften und Dichtungen der Puritaner, und so wurde die Religion für diese Freiisten der Freien etwas Lebendiges, durchglühte ihr Wollen und befruchtete ihre Phantasie.

Von solchem Hintergrund muß man Miltons Schaffen sich abheben lassen, dann begreift man sein „Verlorenes Paradies“ und versteht sein von heißen Kämpfen durchtobtes Leben. Denn dieser Fromme, dessen dichterische Träume um Gottvater Christus und Satan, um Himmel, Hölle und Paradies spielten, stand wanzig Lebensjahre hindurch, von 1640 bis 1660, mitten darin im stärksten politischen Leben: er begleitete die Anstrengungen, mit denen sich das schottische und englische Parlament der Willkürakte des unzuverlässigen und despotischen Karl I. zu erwehren hatten, mit leidenschaftlichen Kampfschriften, noch

Kleine Chronik.

Eine Segelschiffsrevolution.

Das Flettner'sche Windkraftschiff.

Wir leben in einer revolutionären Zeit. Nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zeigt sich das, sondern auch in der Technik. Durch Jahrtausende ist die Menschheit an den Anblick von Segelschiffen gewöhnt und niemand war bisher auf den Gedanken gekommen, daß die Windkraft zum Antrieb von Schiffen auch in anderer Weise nutzbar gemacht werden könnte. Nichts ist so vollkommen, als daß es nicht anders und besser gemacht werden könnte, sei es auch selbst durch uralte Ueberlieferung geheiligt.

Als das erste Dampfschiff die Wogen des Ozeans durchfurchte, mag sein Erscheinen bei den Seeleuten nicht geringes Erstaunen hervorgerufen haben. Nicht minder groß mag die Verwunderung gewesen sein, daß die Schiffer der Kieler Förde paktete, als sie am 1. November ein seltsames Schiff dahingelassen sahen, das zwei Türme von drei Meter im Durchmesser und 18 Meter Höhe trug und mit erstaunlicher Geschwindigkeit dahinfuhr. Dieses Schiff war nach den Plänen des berühmten Luftschiffbauers Anton Flettner auf der Germania-Werft in Kiel erbaut worden. In seinem Antrieb war ein in der praktischen Technik ganz neuartiges Verfahren zur Anwendung gekommen. Das Wertwürdige dabei ist, daß die theoretische Grundlage hierzu schon im Jahre 1853 von Magnus, dem Vorgänger von Helmholtz, bei ballistischen Versuchen gefunden worden war. Magnus hatte entdeckt, daß rotierende runde Körper eine unerhörte gute Ausnutzung der Windkraft gestatten. Dieser Entdeckung war von den maßgebenden Wissenschaftlern nur theoretischer Wert beigegeben worden, und Flettner ist der erste, der diese Theorie in der Praxis angewandt hat.

Flettner ist auf diese Idee durch Versuche mit dem nach ihm benannten und in der Großschiffahrt eingeführten Flettner-Ruder gekommen. Der Grundgedanke bei dem Flettner-Ruder ist der, daß durch eine kleine Fläche eine große gesteuert werden kann. Das kleine Ruder, das nun das endgültige Herumlegen des großen unterläßt, erfordert zu seinem Antrieb nur sehr geringe Kräfte. Flettner kam nun auf den Gedanken, dieses Ruder auch an Stelle von Segeln auf Segelschiffen zu benutzen und das Manövrieren durch die kleine Ruderfläche zu bewerkstelligen. Er baute zunächst einige Versuchsmodelle, die in der Aerodynamischen Versuchsanstalt der Universität Göttingen geprüft wurden und dabei eine um 60 Prozent bessere Windausnutzung ergaben als die Ausnutzung in Segelschiffen mit gleich großer Segelfläche. Im Verlaufe dieser Versuche kam ihm der Gedanke, die von Magnus gemachte Entdeckung, den sogenannten „Magnuseffekt“ auszunutzen. Er baute ein Schiffsmodell, das mit zwei Türmen ausgestattet war, die sich mit einer bestimmten Geschwindigkeit in der Minute drehen, wobei der Antrieb durch eine kleine Maschine erfolgte. Die Messungen ergaben nun eine so außerordentlich günstige Ausnutzung des Windes, daß man sich sofort zur Wiederholung dieses Versuches im Großen entschloß. Der Dreimastschoner „Budau“, der hanseatischen Motorschiffahrts-G. S. Hamburg wurde mit diesen Türmen ausgerüstet. Die bisherigen Masten dieses Schiffes hatten eine Höhe von 28 Meter, und die gesamte Besegelung wog 70.000 Kilogramm. Die neuen Türme sind bei einem Gewicht von 14.000 Kilogramm nur 18 Meter hoch. Bei den verschiedenen Probefahrten des neuen Windkraftschiffes ergab sich, daß der Wirkungsgrad gegenüber einem Segelschiff von gleicher Segelfläche etwa 15mal größer war. Man kann diese rotierenden Türme als zwei Walzen ansehen, die sich auf einem von ihnen selbst bei der Drehung erzeugten Luftstrom fortrollen. Das Schiff kann zu seiner Vorwärtsbewegung von einem einzigen Mann bedient werden, der sowohl Führer als Besatzung verleiht. Ein leichter Hebelgriff genügt, um die Türme drehen zu lassen, ihre Drehrichtung zu ändern, was beim Wenden notwendig ist, oder sie zur Ruhe zu bringen. Das Schiff ist erstaunlich manövrierfähig. Seine Verwendung dürfte, da es nur geringe Kräfte für die im Innern der Türme

montierten Elektromotoren, die auf Kugellagern beruhen, benötigt, große wirtschaftliche Ersparnisse mit sich bringen. Das Windkraftschiff „Budau“ ist außerdem mit einer 500erbigigen Hilfsmaschine ausgerüstet, die bei Windstille in Tätigkeit tritt und auch hin und wieder zum Aufladen der Akkumulatoren, die den Strom für den Antrieb der Türme liefern, Verwendung finden kann. Flettner selbst rechnet damit, daß diese Schiffe, die sehr scharf gegen den Wind fahren können und mindestens so schnell sind wie ein Frachtdampfer, je nach der Fahrtroute und den Windverhältnissen Betriebsstoffersparnisse von 30 bis 80 Prozent gegenüber gleich großen Frachtdampfern ergeben, ganz abgesehen davon, daß die Fahrtzeit gegenüber dem Segelschiff erheblich verkürzt werden kann.

Aber dieser Erfolg genügt Flettner noch nicht. Er hat Pläne ausgearbeitet, die auf nichts Geringeres hinauslaufen, als die gesamte Elektrizitäts- und Kraftwirtschaft in Deutschland zu revolutionieren. Er wird das Prinzip des Flettnerraders in eigenartig gebauten Windmotoren, die auf Türmen von 100 Meter Höhe montiert werden, ausnützen. Flettner behauptet, daß jeder dieser neuartigen Motoren mehr als 1000 Pferdestärken erzeugen werde. Dadurch würde auch die Kohlenfrage für Deutschland gelöst werden, und, so sagt er, wenn man Kraft, Licht und Wärme aus der Luft, gleichsam aus dem Nichts in ungeheuren Mengen an jeder beliebigen Stelle zu erzeugen vermag, dann wird es nicht notwendig sein, so viel Bergarbeiter zu gefährlicher Arbeit unter der Erde zu schicken und man wird sie für andere Arbeit freibekommen. Durch seine Windmotoren wird man fast überall industrielle Produktion ausüben können. Dadurch würden neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Der Kampf um die Kohlenfrage und die Wasserkräfte würde gegenstandslos werden.

Es ist schön, wenn ein Mann der Technik solche Phantasien hegt, und es gibt wohl niemanden, der nicht wünschte, daß ihm die kapitalistische Einstellung unseres Zeitalters nicht einen argen Strich durch diese zukunftsfreudige Rechnung mache.

Willy Mübbs (Berlin).

Vom Tanz der Tiere. Es gibt eine ganze Anzahl Tiere, die ausgesprochene rhythmische Tanzbewegungen machen, und dieser Tanz ist durchaus nicht unbedingt, wie man so oft behauptet hat, auf Erweit gestellt, sondern hat Freude an der Bewegung und am Rhythmus als letzte Ursache. Unter den Säugtieren sind es die Schimpansen, besonders die männlichen, die einen ausgeprägten Tanz ausführen. Während die Männchen mit den Weibern aufstumpfen und mit den Klauen auf den Boden schlagen, begnügen sich die Weibchen damit, um sich um die eigene Achse zu drehen und wechselseitig ihre Hände auf den Boden aufzuschlagen. Einen Tanz kann man auch in den größten Spielen der Delphine erblicken. Das Schloßschiffchen in der Luft oder das ferngroße Springen, das Aufrechtstehen und Drehen mit dem Schwanz und andere Bewegungen sind durchaus als Tanz zu deuten. Bei den Vögeln findet sich der Tanz häufig. Verschiedene Raubvögel fesseln durch die Schönheit der Linien den Eindruck des völlig reibungslosen im Raume, ebenso wie die Störche durch ihre Länge, die die Illusion der aufgehobenen Schwerkraft ausstrahlen; dabei handelt es sich um das Zusammenwirken von Portieren. Ausgesprochen sind die Tanzbewegungen mancher Kranicharten, Kibitze und der hühnerartigen Vögel wie Luthvögel, Auer- und Birkenhühner. Nur zum Teil handelt es sich über um Tanzstücken. Uebertrahend ist namentlich bei den Kronenkränchen der unsichtbare Kontakt der Partner. Diese Vögel begleiten die Länge durch Gefänge. Die spielschwänzigen Präriehühner verhalten sich in Gruppen bis zu 20 Tieren auf einer Anhöhe; einer der Vögel rennt mit gekrümmtem Kopf, wogedichten Flügel, unter energischem Stampfen über den Boden, wobei er ein gurgelndes Krähen ausstößt und seinen Schwanz mit schnarrendem Geräusch schüttelt. Die anderen Vögel sollen mit ein, es beginnt ein Tanz. Schwanz, Schnarten, Krähen und Draufflossel, der Spektakel wird immer lauter und lauter, der Tanz toller und toller, bis alle wie elastisch durcheinanderschwirren und übereinander hinstögeln. Auch bei den Spinnen und bei den Bienen findet sich der Tanz, und bei den letzteren sieht er im Dienst der Auffindung von Futterstellen.

John Milton.

(Gestorben am 8. November 1674.)

Vor einem Vierteljahrtausend ist John Milton gestorben, als blinder, von Kämpfen und Enttäuschungen ermatteter Greis, doch geistig ungebrochen, der aufrechte Repräsentant einer jungen, kräftigen Klasse, der söngewichtige Dichter einer eben aufsteigenden Welt.

Wenn man heute an sein Hauptwerk, „Das verlorene Paradies“ (1665) denkt, verfährt Name und Inhalt leicht dazu, sich in dem Dichter einen frommeluden, erdabgewandten Eiferer, einen Verbüßten von „Thron und Altar“ vorzustellen. Nichts falscher als das, nichts irriger als die Ansicht, daß Materialismus und revolutionäre Gestaltung unbedeutend miteinander Hand in Hand gehen müßten. In Frankreich hatten sich tatsächlich Kirche und absolute Fürstengewalt fest zusammengeschlossen, fühlten sich die Ludwig XIII. und XIV. als Götter auf Erden, dachten sich die Höchstes das Reich Gottes nach den Weisen des unbeschränkten königlichen Absolutismus eingerichtet. Dort mußte sich der aufsteigende revolutionäre Bürgergeist des philosophischen Materialismus als Waffe bedienen, mußte Descartes gegen die hemmungslosen Ansprüche des weltlichen und geistlichen Absolutismus durch sein mechanistisches System protestieren.

unermüdetlich mit seiner glänzenden Waffe, der Feder, für die Geistesfreiheit und gegen die Zensur, und als die „Independents“ unter Oliver Cromwell die Puritaner verdrängten, um den Unabhängigkeitskrieg mit Feuer und Schwert bis an sein letztes Ziel zu führen, schlug sich Milton unerfroden auf ihre Seite. In Cromwells Auftrag unterzog er 1648 „das Recht der Könige und Obrigkeiten“ einer vernichtenden Kritik und die Hinrichtung des wortbrüchigen Königs rechtfertigte er dem Unwillen ganz Europas gegenüber in der „Verteidigung des englischen Volkes“ (1649). Als Sekretär des revolutionären „Projektor“ von Großbritannien“ schätzte er ein 3-jährzeit lang den bürgerlichen Umsturz gegen die Angriffe des Auslandes, die unermüdetliche Arbeit im Dienste der neuen Ideen brachte ihn — 1652 — um sein Augenlicht.

Die Leidenschaft, die dieses Leben vorwärts trieb in Streit und Gefahren bis zur Selbstaufopferung, loht auch im „Verlorenen Paradies“ und macht es ganz anders als dessen dichterischen Nachfahren, Klopstocks „Messias“, zu einem menschlichen und geschichtlichen Dokument von ewiger Wert. Mag sein, daß die betonte Subjektivität, daß die vielen symbolischen Bezüge auf die eigene Zeit und die eigenen Kämpfe den Rahmen des Epischen sprengen, weil ein Epos wohl begründeten Kunstregele zufolge möglichst objektiv und frei von lehrhaften oder nachdenklichen Betrachtungen sein soll — die lebendige Kraft der

Dichtung gewinnt ebensoviele durch diese formalen Mängel, wir sehen uns auch heute noch einem leidenschaftsgetriebenen Dichter gegenüber und fühlen, wie die Empörung Satans und der Seinen gepößt wird vom revolutionären Feuer des Poeten. Wie hinter Dantes „Inferno“ steht hinter den Versen des „Verlorenen Paradieses“ ein Mann, der das Schauen, Wollen und Behalten eines ganzen Volkes vertritt, aber auch ein begnadeter Dichter steht hinter ihnen. Dafür zengt die Plastik der einzelnen Situationen, der Teufels- und Menschengestalten und die bis dahin unerhörte Kraft, sich in die Stimmungen der Landschaft nachführend zu versetzen, daß sie dem Leser mit zwingender Gewalt aufsteigen.

Die Restauration der Stuarts, die im Mai 1660 erfolgte und Miltons Leben monatelang überwachte, hat ihn genötigt, was er zu sagen hatte, statt in Kampf- und Amtsschriften, im Bilde der Dichtung auszupressen. Freig ist er darum nicht geworden, der Dichter des „Verlorenen Paradieses“ ist nicht weniger aufrecht und überzeugungstreuer als der Sekretär Oliver Cromwells. Auch darum darf, von seinen unvergänglichen Schönheiten zu schweigen, dieses fromme Epos uns teurer sein, grüßen wir doch in seinem Schöpfer einen Helden der Revolution, einen Vorkämpfer des kühnen, unerfrodenen Fortschrittes.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Reich zu werden ist heutzutage leichter als früher. Das letzte Geheimnis des Erfolges der Millionäre, der sicherste Wegweiser zu Reichtum, Macht u. Ansehen ist die Energie.

Dazu bedarf es stählerner Nerven, einer widerstandsfähigen und widerstandskräftigen Konstitution und einer kampffreudigen Ausdauer. Wer von Kindheit auf

Diana-Franzbranntwein mit Menthol

gebraucht, stärkt seine Nerven, macht die Konstitution widerstandsfähig, kräftig und schafft eine kampffreudige Ausdauer.

Überall erhältlich.

Diana-Franzbranntwein-Produktion-Ges.

Prag VIII., Wien II., Drahojejlava 1073 Engerthstr. 169.

Die kostbarsten Gliedmaßen. Berühmte Ärzte und Künstler, die in der Ausübung ihres Berufes in besonders hohem Maße von ihren Gliedmaßen abhängen, verdienen diese sehr hoch. Der erste Mann, der eine derartige Versicherung einging, war der verstorbene große Naturforscher Huxley, der sein Augenlicht mit 5000 Pfund versicherte. Diese Summe sollte ihm ausgezahlt werden, wenn er auf irgendeine Weise blind würde. Auch erfolgreiche Chirurgen haben ihre Hände mit sehr großen Summen versichert, ebenso gefeierte Künstler. So zahlte der große Pianist Paderewski viele Jahre hindurch jährlich eine Prämie von 16.000 Mark, denn er hatte jede seiner beiden Hände gegen Verletzungen mit 250.000 Mark versichert. Besondere Versicherungspolizen hatte er für seine Zehen, Augen und Ohren. Die Versicherung ging so weit, daß ein verletzter Finger nagel, infolgedessen er einmal einem Engagement nicht nachkommen konnte, die Versicherung 20.000 Mark kostete. Die berühmte Tänzerin Pawlowa hatte ihre Arme und Beine mit 1.000.000 Mark versichert. Der Verlust einer einzigen Zehe sollte ihr 100.000 Mark bringen, der Verlust eines Armes 240.000 Mark. Der Violinist Kubelik nahm eine Polizza, die ihm für die Verletzung seiner rechten Hand 50.000 Mark zusicherte, während im Falle einer dauernden Schädigung 200.000 Mark gezahlt werden mußten.

Kunst und Wissen.

Das Extempore. (Prager Kleine Bühne). Vor einem sehr schlecht besuchtem Hause gelangte am Donnerstagabend Sturm-Härbers Gymnastik-Romödie zur Aufführung. Trozdem dieses Stück einer tiefen Problemstellung entbehrt und eben nur einen harmlosen „Wasserschleier“ behandelt, erfreut es durch seinen herzerfrischenden Humor, den Bernhard Veith als naive-verbliebener, schließlich aber doch kühner Obergymnast, sowie Wila Kopp als frisch aus dem Pensionat entlassener moderner Dackisch, so recht zum Ausdruck brachten. Reichen Beifall erntete auch Willi Kössner als Gymnasialrektor, der trotz seiner hefeindischen Ansichten und Gesinnungen nicht verhindern kann, daß sich Männlein und Weiblein immer wieder zusammenfinden. Fräulein Reid als vierjährige Braut und Herr Firmbach als verliebter Professor sarrifizieren so recht das „in den Grenzen des Anstandes“ sich bewegende Spießbürgertum. Auch Willi Vauer als Kastellan und Irene Stein als Aufwartefrau trugen ihr Bestes zu der mit großem Beifall aufgenommenen Aufführung bei. H. S.

Wagner-Zyklus: „Ring der Nibelungen“, erster Abend: Rheingold. Die jüngste Prager Kinofestaktion, der unter ungeheurer Zulauf des Publikums geführte Film „Die Nibelungen“, dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, das Interesse der Prager auch für Wagners großartiges „Nibelungen“-Werk neu zu beleben. Das ausverkaufte Haus bei der donnerstägigen „Rheingold“-Aufführung bestätigte diese Mutmaßung, umso mehr, als die letzte „Ring“-Aufführung im Sommer nur ganz geringe Anteilnahme gefunden hatte. So verheißungsvoll dieser erste Abend des Zyklus hinsichtlich seines materiellen Erfolges war, so wenig verheißungsvolle Aussichten bot er in künstlerischer, woran die zahlreichen Neuinszenierungen (siehe) die Hauptschuld tragen mögen. Troz Zemlinskys musikalischer Leitung wollte die richtige Stimmung nicht aufkommen, selbst die Regie und der Bühnentechnische Apparat funktionierten nicht immer. Gleich

das Rheintöchter-Terzett im ersten Bilde (die Damen de Garmo, Hart und Schwarz) machte den Eindruck der Unsicherheit und kläglichen Unausgeglichenheit. Auch das Riesenpaar (die Herren Reiter und Plaschner) vermochte nicht zu überzeugen. Das gleiche gilt von dem neuen Groß Herrn Dr. Fellners und der Freia. Fril. Karst. —ek.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Samstag „Gräfin Mariza“; Sonntag nachmittags Arbeitervorstellung „Glaube und Heimat“, abends „Figaros Hochzeit“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag Gastspiel Claire Vallentin „Werwolf“; Sonntag „Die beiden Herren der gnädigen Frau“.

Hans Thoma, der Altmeister der Malerei, der vor einigen Wochen seinen 85. Geburtstag gefeiert hat, ist gestern vormittags in Karlsruhe gestorben.

Literatur.

Politisches Handbuch, ein sozialistischer Wegweiser von Friedrich Weiß, Wien 1924, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Das vorliegende Buch, welches vom Verfasser dem Genossen Josef Luitpold Stern gewidmet ist, ist ein sehr gründliches und aufklärendes Werk und sein Erscheinen kann lebhaft begrüßt werden. Es ist ein wirkliches Handbuch, in dem jeder nahezu über alle Fragen des politischen Lebens Aufklärung erhält. In sozialdemokratischen Kreisen wird das Buch ganz besonders begrüßt werden, da es auf sozialistischem Standpunkt steht. Sowohl die theoretischen als auch die praktischen Fragen der Politik erfahren darin eine ausführliche Erörterung. Fragen, wie die Stellung des Sozialismus zum Staate, das Problem Massen und Führer, alle taktischen Fragen wie die Anteilnahme von Sozialisten an der Regierung werden darin ebenso erörtert, wie die Verfassungseinrichtungen (Wahlrecht, Geschäftsordnung der Parlamente), aber auch die Verwaltung. Verursichtigt werden in dem Buche vorwiegend diejenigen Länder, welche von Deutschen bewohnt sind, wie Deutschland, Oesterreich, die Schweiz und die Tschechoslowakei, aber auch die Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen der westlichen Demokratien und Amerikas werden darin übersichtlich zur Darstellung gebracht. Ungemein wertvoll ist auch das Kapitel über die politischen Parteien aller der genannten Länder, darunter auch eine sehr gute Darstellung der politischen Parteien in der Tschechoslowakei, sowohl der deutschen wie der tschechischen. Sehr interessant für den tschechoslowakischen Leser ist ferner die eingehende Darstellung, welche die nationale Frage und die durch sie hervorgerufenen und notwendigen Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen behandelt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es sich um ein Buch handelt, das nicht nur jedem durch seine Lektüre reiche Belehrung bringt, sondern auch um ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk, das jedem Redakteur, Gewerkschaftssekretär, überhaupt jedem Vertrauensmann in der Arbeiterbewegung, jedem Agitator und jedem politisch Interessierten die besten Dienste leisten wird. Es ist deshalb dem Buche die stärkste Verbreitung zu wünschen und alle Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht. Ein alphabetisches Register erhöht ungemein den Gebrauchswert des Buches. Der Preis beträgt 21 K., was bei dem Umfang des Buches (180 Seiten) nicht viel ist. E. St.

Arno Nabel: „Heiliges Proletariat.“ Verlag Oskar Böhrle, Konstanz. Die revolutionäre Lyrik hat seit dem Umsturz einen Umfang angenommen, der geradezu zwangsmäßig eine Verflachung nach sich ziehen mußte. Es gab nicht soviel Neues zu sagen, wie es Gedichte gab, daher sich dieselben Gedanken oft und oft wiederholten. Gelegenheitspoeten bemühten sich denn auch der revolutionären Gedanken und sortierten sie in zahllosen Gedichten. So gut und ehrlich hier auch die Absicht war, es ermüdete doch, immer daselbe zu hören, auch wenn es sich um Gedankengänge handelt, die der Menschheit nicht oft genug vorgetragen werden können. Dazu kam bei der ausgesprochen radikal-kommunistischen Lyrik, zum Beispiel bei Vecker, eine ewiggleibende Apotheose der Gewalt, eine wütende Wordaufreizung, die in hohem Pathos dahergeht. Notwendigerweise mußte die Zeit kommen, da die Proletariatslyrik über Aufrühr und Anklage hinaus zum Aufbau des Neuen gelangt, wo sie nicht Aufschrei über Erklittenes, vielmehr Vision des Zu-nünftigen sein will. Hier steht Arno Nabels Gedichtbuch. Das billige Qurra ist verlungen die Trümmer der Welt des Kapitalismus ragen noch auf, aber nur als abschreckendes Beispiel, wie das Leben nicht sein darf. Gott ist gestorben — es muß ein neuer Gott entstehen, eine neue Religion ohne Dogma, nur den Glauben an den Menschen predigend, eine Religion der Liebe. Mord und Gewalt müssen verschwinden — auch als Kampfmittel für die Befreiung des Proletariats sind sie zu verdammen. Edle Hilfsbereitschaft und die Idee der Menschengemeinschaft müssen die freien Völker befeelen — das sind ungefähr die Grundideen dieser Gedichte, die in sehr freien, ungereimten Versen abgefaßt sind, manchmal etwas langweilig gerieten und oft mehr Plalataustral als Kunstwerk sind, die aber alle durchsinnig sind von der besten Begeisterung für die sozialistische Gemeinschaft aller Menschen. F. R.

Otto Krille: „Die rote Palette.“ Gedanken und Skizzen. Verlag Oskar Böhrle, Konstanz. Gedanken über die verschiedenen Probleme des proletarischen Lebens und Kampfes sind hier in recht unterschiedlicher Form gestaltet: Als Prosa-betrachtung, in Gedichtform, in kleinen Novellen und ganz kurzen, stichhaften Gedichten, als Ballade, im Dialog. Alle diese kleinen Stücke zeugen von scharfer Beobachtung und tiefem Verständnis für die proletarische Seele. So verschieden sie auch an künstlerischem Wert sind, flammende Begeisterung für die

Ideale des Sozialismus durchzieht sie alle, nicht in der groben Manier der Bestimmungsprederei, sondern in feiner, vornehmer Würdigung. Deshalb ist das sehr gediegen ausgestattete Bändchen als Agitationswerk sehr gut verwendbar. F. R.

Sammlung der Rechtsfälle der Obersten Gerichte. Im Rahmen der vom Verlag von Rudolf W. Rohrer in Brünn herausgegebenen Sammlung ist jetzt der zweite Band der „Rechtsfälle“ des Obersten Verwaltungsgerichtes, von Dr. Eduard Kleinmichl zusammengestellt, erschienen. Für den, der über eine Sammlung von Rechtsfällen berichten soll, die aus den Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes abstrahiert sind, ist es schwer, der Versuchung zu widerstehen, über dieses Tribunal mehr zu sagen, als über das zu besprechende Buch: das große Wissen seiner Richter und das hohe Niveau seiner Judikatur zu rühmen, die Objektivität in allen, auch den hierzu-lande so heißen nationalen Fragen festzustellen und das Bedauern daranzuschließen, daß gerade in sozialen Fragen oft das richtige Verständnis mangelt, was es verhindert, daß die Arbeiterschaft im Obersten Verwaltungsgericht im Gegensatz zu allen anderen Schichten (mögen sie politisch auch zu den Machthabern im Staate im schärfsten Gegensatz stehen) nicht vorbehaltlos den Wahrer seiner Rechte erblickt. — Das vorliegende Werk ist ein Surrogat für die in tschechischer Sprache unter amtlicher Redaktion erscheinenden Entscheidungssammlungen. Es soll dem der tschechischen Sprache nicht mächtigen juristischen Praktiker das unendlich umfangreiche Entscheidungsmaterial zugänglich machen. Dieser Aufgabe wird es gerecht: daß es trotzdem ein Surrogat bleibt, könnte dem Autor nur der zum Vorwurf machen, der verkennet, daß in drei bis fünf Zeilen der juristische Gehalt einer Entscheidung nicht ebenso eingehend dargestellt werden kann, wie in ebensoviel Seiten der amtlichen Sammlung. Die Sammlung wird auch dem Gewerkschafter und dem in der Selbstverwaltung Tätigen gute Dienste leisten. E. Sch.

Die Freie Gemeinde, Organ für sozialdemokratische Kommunalpolitik, erscheint monatlich zweimal. Bezugspreis K 4.50 vierteljährlich. Die soeben erschienene Nummer 21 enthält Beiträge von J. Scholz, Aufsatz über: „Wirkungskreis und Aufgaben der Bezirksverwaltungscommissionen“, Dr. Bruno Grund, Aufsatz: „Soziale Fürsorge und Landesverwaltung“, Leopold Pözl-Auffig: „Armenversorgung, Sozialfürsorge und Wohlfahrtspflege“, Dr. Bruno Grund-Aufsatz: „Die Tätigkeit der Bezirksverwaltungscommissionen“. Die Rubrik „Rundschau“ enthält unter anderem ein Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes über: „Die Art der Bedienung des Schülerfordernisses im Gem.-indevoranschlage“. Nützliche Aufsätze: „Das Jagdrecht in Böhmen“, dann „Kleine Mitteilungen“. „Die Freie Gemeinde“ muß jeder praktisch tätige Genosse und jede Genossin lesen.

Aus der Partei.

Versammlungen im Arnauer Bezirke. Am Sonntag, den 2. November hielt der sozialdemokratische Verein für den Bezirk Arnau zwei öffentliche Versammlungen ab. Vormittags fand eine Versammlung in Arnau im Gasthause „Zur Allee“ statt. Auf ihrer Tagesordnung stand die politische Lage und die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament. Zu Beginn der Verhandlungen hielt der Vorsitzende, Genosse Freund, dem verstorbenen Genossen Karl Cermak einen warm empfundenen Nachruf, den die Versammelten stehend anhörten. Dann besprach Abgeordneter Genosse Schäfer das Wirken Cermaks, schilderte hierauf die Vorgänge im Parlament und be-

schäftigte sich mit den einzelnen Kapiteln des Staatsvorschlags. Auch die Außenpolitik des Ministers Beneš berührte Genosse Schäfer in seinen Ausführungen. Die für nachmittags anberaumte Versammlung fand in Gärterdors im Gasthause „Zum Bienenstock“ (Arbeiterheim) statt. Sie war trotz des überaus schlechten Wetters ausgezeichnet besucht und bewies durch ihren Verlauf, daß sich in diesem Orte und in den angrenzenden Gemeinden fleißige und auf Entwicklung der Parteiorganisation bedachte Genossen befinden. Der Vorsitzende, Genosse Rindl, würdigte vor Eingang in die Tagesordnung ebenfalls die Tätigkeit des durch den Tod aus unseren Reihen berufenen Genossen Karl Cermak im Dienste des Proletariats. Die Versammelten hörten den Nachruf stehend an. An die Rede des Abgeordneten Genossen Schäfer, die sich ebenfalls wie in Arnau auch hier auf die parlamentarischen Arbeiten bezog und in der die innerpolitischen und weltpolitischen Fragen behandelt wurden, knüpfte sich eine Aussprache, in der man sich besonders gegen die Untätigkeit der Regierung in der Frage der Bekämpfung der Teuerung wendete und es beklagte, daß das große Werk der Sozialversicherung aus politischen Beweggründen von den tschechisch-bürgerlichen Parteien hinsichtlich des Organisationsaufbaues und die Selbstverwaltung der Versicherten so schlecht ausgefallen ist. In beiden Versammlungen herrschte gute und zuversichtliche Stimmung.

Turnen und Sport.

Die Wettspiele des morgigen Sonntags. Prag: Heute spielt Slavia gegen Slavoj Zizkov. Morgen Sonntag: Meisterschaft 1. Kl.: Slavia gegen Viktoria Vinohrad, FKSK. Brkovic gegen Viktoria Kufle. Freundschaftsspiele: Wacker Wien gegen Sparta, Teplitzer Fußballklub gegen Viktoria Zizkov, Slavoj VIII gegen CSMC, Meteor VIII gegen Meteor Vinohrad, Liben gegen Zechie Karlin, Sparta Kollin gegen Praha VII, Slavoj Zizkov gegen Union Brkovic, Koblitz FKSK gegen Sparta komb. — Wacker Wien wird morgen gegen Sparta in folgender Aufstellung antreten: Marek; Kollendorfer, Jelinek; Brinek, Resch, Pellet; Nachhördl, Rabada, Wana, Rappan, Paffl. Sparta stellt folgende Offiziere: Hochmann; Berner, Steiner; Stepan, Rada, Cervený; Horejs, Priboj, Meduna, Dvořáček, Simonek. Schiedsrichter Ing. Mencl. — DFK Prag Sonntag in Pardubitz gegen SK. Pardubice. — Der Deutsche Sportverein Troppau spielt am Sonntag in Wien gegen Admira. — Länderspiel Schweden — Oesterreich. Sonntag in Wien auf dem Simmeringer Platz unter Leitung des Franzosen Slavic. Der schwedische Verband meldet folgendes Team: Lindberg; Persson, Alfredson; Sundberg, Friberg, Hanson; Ros, Keller, Kaufeldt, Carlsson, Lundquist. Ersatz: Roof, Jander, Anderson, Enderberg, Bromesson und Mahn. Das österreichische Team wurde wie folgt nominiert: East; Rainer, Tandler; Niefisch, Reiterer, Fried; Wessely, Wieser, Horvath, Danis, Luitl. Ersatz: Blizenc, Agner, Dumser, Gebner, Hierländer.

Verbreitet den „Sozialdemokrat...“

Herausgeber Dr. Ludwig Tsch. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehn. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



TEEKANNEN der „Gehaltvolle“, DESHALB DER BILLIGSTE u. ZUGLEICH DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH

Kuh & Kretsch Erzeugung von alkoholfreien Fruchtperlen Teplitz-Schönau

Advertisement for Rudolf Reach featuring a large number '5' and a list of products: 1 Meter Chiffon Kč 4.80, 1 Meter Wäschebatist (80 cm breit) Kč 8.50, 1 Meter Prima Kanakas (90 cm breit) Kč 10.-, 1 Meter Prima weiß Bettgradel (90 cm breit) Kč 11.-, 1 Meter Bettuchstoff Kč 12.50. Address: PRAG, Ulice 28. Mina 10.

Advertisement for Kalla's Fischkonserven featuring a fish logo and text: werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.